

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die halbpaltene Zeile 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die Doppelpaltene Zeile 30 Pf. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabat laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 14

Danzig, Sonnabend den 7. April 1917

8. Jahrgang

» Ofternacht «

Ofternacht! Die Sterne klinken,
Heilige Ruhe weht im All,
Alles Niedre will versinken,
Widrer Pust und blöder Schwall.
Schwarz der Wald, kein milder Schimmer,
Nur am Himmel flammt es klar,
Der Gestirne Glanz und Glimmer
Hebt die Seele wunderbar.

Ruhig ziehn sie ihre Bahnen,
Ohne Lust und ohne Leid,
Kühlschwert von Sorg' und Ahnen,
Fern dem Raum und fern der Zeit.
Ewig! Frei von allen Schranken,
Was uns drückt und was uns engt,
Was in qualenden Gedanken
Schmer und lastend auf uns hängt!

Ewig! Wer vermag's zu fassen!
Wer erschöpft des Wortes Grund!
Anler Lieben, unser Hasen
Macht uns Herz und Seele wund.
Ewig! And wir Menschen wüten
Immer noch mit Mord und Brand,
And zertraten frech die Blüten,
Die ein Höheres uns gesandt!

Oftern, Fest des Auferstehens,
Fest des Siegs ob Tod und Grab,
Wann lenkt deines Morgenwehens
Heiliger Schauer sich herab!

Wann hebt über Grab und Gräbern
Kühn die Menschheit sich empor?
Wann wird ihr aus reinern Lüften,
Was auf Erden sie verlor?

Ernst Klar.

Osterhoffen

Die Natur rüstet zu neuem Schaffen. Es beginnt zu sprießen und zu grünen. Silberne Sammelkäthen nicken am Weidenbusch, braune Knospen schwellen am Gesträuch und grüne Saaten grüßen den jungen Tag. Helles Blattwerk leuchtet bald von Busch und Baum. Munteres Vogelzwitschern jippt durch die Frühlingslüfte. Und über all dies werdende Erdenglück leuchtet mild und verheißend Allmutter Sonne...

Klar und rein zittern hehre Klänge durch die Morgenluft. Ofterglocken lassen mahnend die erzenen Stimmen erklingen. Sie künden das Fest der Auferstehung, den Oftertag. Sie erzählen von Bergangnem. Ihr gewaltiger Klang wird zu großer Klage. Der Ton ihrer Stimmen wird dunkler. Sie singen das schwermütige Lied vom Golphtha der Völker. Sie klagen vom Leidensweg der Menschheit. Die Leidensgestalt des Nazareners taucht auf, dornengekrönt und gequält. Die alten Völker harteten des Erlösers mit Sehnsucht und Wehmut. Aber als er kam und ihnen Freiheit und schöneres Leben kündete, spien sie ihn an, folterten seinen Leib und stießen ihn zum Berge der Schmerzen, gen Golphtha. Dort verhauchte sein junges Leben am Markerkreuz.

Heller tönen die Glocken. Sie erzählen von jenem Oftern der Menschheit, von der doch einst kommenden Auferstehung zu Glück und Freude. Doch bald verhallt der jubelnde Wohlklang. Die Glocken weinen... Flüsternd erzählen sie vom Traum des schnell zerronnenen Menschenglücks. Von martervollen Verfolgungen, von einer langen, entsetzlichen Last der Unduldsamkeit und des Uberglaubens, von der Verfolgung der Erkenntnis. Bebend erzählen sie von blutigen Kriegen um des Glaubens willen, bis endlich nach langen Leiden größere Duldsamkeit sich Bahn bricht. Trotzdem geht der unbarmherzige Kampf der Menschheit weiter. In schmerzhaften Zudungen offenbart sich der eiserne Gang der Weltgeschichte. Er zertritt klirrenden Fußes tausend Schicksale. Und schließlich mündete der Kampf der Völker in den großen Riesenkampf des Weltkriegen. Schlägt die Menschen in Spannung und Schreden, verwüftet kostbare Güter, zertrümmert Kultur und Menschlichkeit. Und fordert Menschenopfer...

Der Leidensweg der Völker, das Golphtha der Menschheit...

Dampf künden die Glocken das große Menschheitsdrama. Die klagenden Töne gerinnen zur großen Frage: Warum das alles? Weshalb dieser namenlose Schmerz? Weshalb Zwickracht und Zerstörung? Wann kommt das Ende? Ründet nicht der Benz schon wieder die werdende Fülle von Erdengütern, für der Menschheit Glück bestimmt? Wie fein und hehlich wäre es, wenn die Menschen einträchtig beieinander wohnten...

Und dieser Gedanke durchdringt die Glocken mit neuem Hoffnungsklang. Heller Stimme künden sie die Zukunft. Jubelnde Wohlklänge verheißten sie bessere Zeit. Sie künden das glückliche Land des segnenden Friedens: Der Säemann schreitet über fruchtbare Acker und besielet mit fleißiger Hand künftigen Ernteflehen. Heil dröhnen die Hämmer am Umboß. Frohe

Lieder tönen in Fabrik und Werkstatt, wo sich emsige Hände regen zu der Menschheit Glück, Ehre und Wohlergehen. Nirdgends Leid, überall leuchtender Frohsinn und helle Freude. Eine einzige, empor zur Sonne stürmende Symphonie erklingt: Das Jubellied der Arbeit, das Lied der Freiheit und Wohlfahrt, das Hohelied des ewigen Völkerglücks. Und sehnstuchtsvoll singen die Ofterglocken die heisse Friedenshoffnung.

Leise verzittert die letzte Tonwelle...
Lauer Frühlingswind kost mit Weiden und weißen Lenzglöckchen. Grüne Saaten neigen sich hoffnungstrotz. Die warme Sonne taucht das knospende Lenzeswunder in goldene Wellen und leuchtet mild und verheißend auf erwachendes Leben...

Auferstehung. Neues Leben. Keimendes Ernteglück. Sieg der freien Arbeit. Erfülle dich bald, Traum der Menschheit! Ofterglocken, läutet bald, bald den Völkerrfrieden und kündet mit jubelndem Sang der Menschheit fröhliche Auferstehung!

Oesterreich reicht Rußland die Friedenshand

Der Vorschlag einer Friedenskonferenz.

Der Minister des Neußern Graf Czernin gewährte dem Chefredakteur des Fremdenblattes eine Unterredung über die politische Lage. Der Wortlaut der Unterredung ist folgender: Auf die Frage, welchen Umfang die russische Revolution nehmen dürfte, antwortete der Minister: Auf Prophezeiungen kann ich mich nicht einlassen. Wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß eine Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie, ebenso wie die Entente, jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen könne, dann wird diese entsetzliche Menschenschänderei ihrem Ende entgegengehen. Wir sind nicht zu vernichten, aber wir wollen auch nicht vernichten. Unsere Fronten sind stärker denn je, unsere wirtschaftliche Lage ist gesichert. Wir können und werden durchhalten. Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit der die Völker der österreicherisch-ungarischen Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichert ihnen den Endeserfolg. Nicht den oberen Laufenden, sondern dem Mittelstande und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Entrechteten, gebührt das größte Verdienst. Hut ab vor den Millionen, die im Schützengraben oder daheim auf dem Schlachtfelde der Arbeit die täglichen Entbehrungen ohne Murren ertragen! Hut ab vor ihrer Größe und Kraft! Der Tag wird kommen, da die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden.

Eine weitere Frage, ob er den Vorschlag zur Beschickung einer Friedenskonferenz durch alle kriegsführenden Staaten nach wie vor aufrechterhalte, beantwortete der Minister: Gewiß, ich sehe nur diesen Weg, um zu einem allgemeinen Ende zu kommen. Für jene, welche den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammentritt der Konferenz keine Aenderung. Während dieser Tage kann ja der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können hunderte von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und die

ein unzerreißbares Ganzes bilden, gelöst werden. Wir besitzen weite Territorien unserer Feinde und sie ausgebreitete Gesilde von uns. Auf dem Meere kämpft die Flotade unserer Feinde gegen den Unterseeboottkrieg. Alle internationalen Verträge sind zerrissen. Es ist unmöglich, einzelne dieser Fragen, herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen, lösen zu wollen. Wer den Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen. Erweist die Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, geht der gar nicht unterbrochene Krieg eben weiter.

Auf die Frage, ob es nicht möglich wäre, den allgemeinen Rahmen unserer Friedensbedingungen zu verkleinern, erklärte der Minister: Das ist ja doch bereits geschehen. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie und ungestörte Entwicklung der Monarchie ist. Garantien für unsern Bestand und unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sobald die Gegner ihre unersättlichen Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen, sobald sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht Verhandlungen nichts im Wege.

Alle Wiener Blätter äußern sich zu dieser Unterredung in zustimmendem Sinne.

Das halboffizielle deutsche Volkliche Depeschensbureau bemerkt zu den Neuzerungen des Grafen Czernin: Sie werden zweifellos in hohem Maße dazu beitragen, die von unseren Feinden in leicht erkennbarer Absicht in diesen Tagen immer wieder in die Welt geschickten Gerüchte zu zerstreuen, daß die Zentralmächte Interesse an der russischen Reaktion zu nehmen gemillt seien und ihr wieder zur Macht verhelfen wollten. Graf Czernin schließt sich also eng an die am Tage vorher im Reichstage getanen Neuzerungen des Reichskanzlers an, der in bezug auf Rußland sagte: Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit Rußland zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist. Somit ist es nun an Rußland, eine Antwort auf diese klaren und unzweideutigen Neuzerungen des deutschen und des österreicherisch-ungarischen Staatensinnes zu geben.

Sofia, 1. April. Ministerpräsident Radoslawow hat sich in der Sobranje mit den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des österreicherisch-ungarischen Ministers des Neuzerens betreffend Rußland namens der bulgarischen Regierung solidarisch erklärt.

Rußland ist durch die deutsche Note zu einer Antwort unmittelbar aufgefordert. Aber auch die anderen kriegsführenden Mächte werden nicht umhin können, sich zu dem Vorschlag des Grafen Czernin zu äußern. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß der Eindruck dieses Vorschlags zunächst in den Vereinigten Staaten am allerstärksten sein wird. Noch steht Amerika zwischen Krieg und Frieden. Präsident Wilson und das amerikanische Volk sind erneut vor die Frage gestellt, ob sie durch ihren Beitritt zur Entente das Kriegseisend Europas verlängern und das eigene Land in den Strudel der Welt-

Wichtige Ereignisse

bereiten sich vor.

Vielleicht bringt schon die allernächste Zukunft entscheidende Wendungen! Da braucht das Volk einen zuverlässigen Berater, einen treuen, unerschrockenen Verfechter seiner Interessen. In allen wirtschaftlichen und politischen Fragen ist der beste Sachwalter des arbeitenden Volkes die

Volkswacht

Außerordentliche Schwierigkeiten hat die Arbeiterpresse während des Krieges zu überwinden. Darum wird es zur unabwiesbaren Pflicht jedes Parteigenossen und jeder Parteigenossin, jedes Gewerkschaftlers und jedes Gleichgesinnten, jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin, immerfort für die Verbreitung ihres Blattes zu wirken.

In jeden Arbeiterhaushalt gehört das Arbeiterblatt.

Wer von den Angehörigen der minderbemittelten Volksschichten sich nicht selbst schädigen will, wer von den Arbeitern und Angestellten sich selbst, seiner Familie und seinen Klassengenossen helfen will, der muß

neue Leser für die Volkswacht

werben. Der Quartalswechsel ist die beste Gelegenheit zu dieser Werbearbeit. Nützt die Stunde, die Zeit ist ernst! Sorgt für möglichst weite Verbreitung eures Blattes. Ihr wirkt damit für den Frieden, für die Verbesserung der Lebenshaltung, für die politische Gleichberechtigung!

Auf zur Werbearbeit für die

Volkswacht

Keinen Stillstand!

Es waren erhebende Debatten, die am 29. und 30. März im Reichstage gepflogen wurden. Sie verdichteten sich zum Schlusse zu einer gemeinsamen Aktion. Diese wiederum hatte sofort Schwung und Werbekraft, daß sie fast den ganzen Reichstag bis auf die Konservativen und ihre offenen und geheimen Freunde in den übrigen Parteien mit sich riß.

Die Nationalliberalen hatten einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines Verfassungsausschusses zur Beratung wichtiger verfassungsrechtlicher Forderungen der neuen Zeit verlangte. Die sozialdemokratische Fraktion wollte einen Ausschuss zur Beratung aller auf die Neuordnung der innerpolitischen Zustände des Reiches sich beziehenden Anträge. Beide Anträge wurden in zweifacher Weise miteinander verbunden, so daß sie eine sinnvolle Einheit bildeten. Gerade dieser Umstand, ferner aber auch der sonstige Verlauf der zweitägigen Debatten veranlaßten den bekannten Vertreter der Schwerindustrie bei den Nationalliberalen, Herrn Hirsch-Essen, für sich und einige seiner Parteifreunde zu erklären, daß er seine Unterschrift zurückziehe und gegen den Antrag stimmen werde. Eine ähnliche warnende Bemerkung wußte Graf Westarp noch zur Geschäftsordnung anzubringen. Obwohl dem nationalliberal-sozialdemokratischen Antrag dadurch vor der Abstimmung noch mit besonderer Schärfe seine eigentliche Bedeutung als einer tatsächlichen Aktion gegen Junkerliche Vorrechte, gegen schwerindustrielle Scharfmacherei, gegen die Stagnation unseres Verfassungswesens, vor allem aber gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht aufgezeigt worden war, wurde er in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 33 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen.

Diese Stellungnahme der übergroßen Mehrheit des Reichstags steht im Gegensatz zur Kanzlerrede. Bethmann Hollweg will die Neuorientierung bekanntlich bis nach Beendigung des Krieges verschieben. Vielleicht hofft auch ein nicht unerheblicher Teil der Reichstagsmehrheit, die dem Beschluß auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses zustimmte, daß dieser Ausschuss die Neugestaltung der politischen Dinge im Reiche auf die lange Bank schieben wird; aber die Stimme des Volkes wird kräftig genug sein, um den Ausschuss zu baldigen Taten zu drängen.

Wir deutsche Sozialdemokraten wollen es nicht dazu kommen lassen, daß die ganze Welt einen Krieg gegen Deutschland führt in der Meinung, dies sei ein notwendiger Freiheitskrieg. Dieses Argument, das zu ihrem Zwecke eine furchtbare Waffe ist, wollen wir den Gegnern aus der Hand schlagen. Und darum fordern wir die sofortige Inangriffnahme der politischen Neuordnung in Reich und Staat, ohne dabei Rücksicht auf einzelne Personen nehmen zu können.

Auf den 28 Männern dieses Ausschusses ruht eine schwere Verantwortung. Ihre Namen werden in die Geschichte eingetragen werden, die von ihren Taten und ihren Verjämruissen berichten wird.

Das Volk wird für ihr Handeln oder ihr Unterlassen Rechenschaft verlangen. Mit Recht gibt daher der „Vorwärts“ dem Ausschuss folgende Geleitworte auf den Weg:

„Man kann sich vorstellen, welcher Hohn diesen Ausschuss der einst treffen würde, wenn er seine Zeit mit nutzlosen Debatten verträbeln und wenn er mit leeren Händen zu seinem Auftraggeber, dem Reichstag, zurückkehren wollte. Die deutsche Geschichte ist reich an abschreckenden Beispielen. Verhängnisvoll wäre es, wenn der Ausschuss nur dazu bestimmt wäre, die Bibliothek der Bundestags- und Frankfurter Reichstagsprotokolle um einige Bände zu vermehren, wenn er nichts lieferte als neue Dokumente, die an die Zeit der Ohnmacht und der Zerrissenheit erinnern.“

Dieser Ausschuss darf um alles in der Welt nicht bloß ein staatsrechtliches Seminar werden, er darf keine vornehme Gruft werden, in der die Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine bessere Zukunft ein Begräbnis erster Klasse finden. Nämlich es so, dann wäre es hundertmal besser, gar nicht erst angefangen zu haben!

Die große Bedeutung des Beschlusses liegt darin, daß sich die deutsche Volksvertretung vor aller Welt als eine politische Potenz erwiesen hat, und daß sie den Willen gezeigt hat, nach den Worten des Reichskanzlers zu handeln: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da befreien wir uns selbst!“

Damit ist für den Anfang viel gewonnen. Denn es zeigt sich, daß Deutschland nicht — wie seine Gegner behaupten — ein versteinertes Gebilde ist, dem die Fähigkeiten zur eigenen Entwicklung fehlt und das darum von außen her mit dem Hammer zerfurcht werden muß. . . .

Jetzt, da der Reichstag sich ansieht, die Führung auf diesem Wege zu übernehmen, heißt es nicht mehr nur: „Wehe dem Staatsmann . . .“, sondern auch: „Wehe der Volksvertretung, die die Zeichen ihrer Zeit nicht erkennt!“

Der Verfassungsausschuss des Reichstags aber sollte an die Wand seines Beratungszimmers die Worte schreiben, die in nicht minder schwerer Zeit Johann Gottlieb Fichte seinem Volk zugerufen hat:

„Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind!“

Wir lassen die Berichte über die wichtigsten Reichstagsreden des Reichskanzlers und der Genossen Noske und David folgen:

Der erste sozialdemokratische Redner.

Abg. Noke (Soz.): Die Staatsmänner der feindlichen Länder wollen noch nichts von einem Frieden ohne Eroberungen wissen. Deshalb hat Deutschland im Verteidigungskrieg für seine Sicherheit und Zukunft weiter auszuhalten. Und unser Wunsch geht dahin, daß die neue Kriegsanleihe erfolgreich sei. (Bravo!) Die Völker wollen einen dauernden Frieden. Deshalb sind Außerungen, die geeignet sind, die Friedensneigungen in den anderen Ländern zu dämpfen, sehr behaverlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zukunft Belgiens wird bei den Friedensverhandlungen ein Streitpunkt von größter Bedeutung sein. Der Reichskanzler lehnte kürzlich den Gehanten, Deutschland wolle Belgien behalten, ab. Im Herrenhause aber wurde der zukünftige Besitz Belgiens als selbstverständlich betrachtet. Immerhin haben die lautesten Schreier ihre Ansprüche wesentlich herabgemindert. Sie wollen sich jetzt mit der Beireinigung der Namen begnügen. Diese Aufgabe wollen aber die Blumen gar nicht von ihnen gelöst sehen. Der Versuch, in Belgien moralische Eroberungen zu machen, wie ihn der Empfang der olamischen Abordnung durch den Reichskanzler darstellt, war von vornherein zum Scheitern verurteilt durch die zwangsweise Beschäftigung der belgischen Arbeiter in Deutschland. — China hat seine Beziehungen mit Deutschland unter dem Druck der Entente abgebrochen. Der Konflikt mit Amerika gewinnt an Schärfe. Strupplos heißt die Entente andere Völker zu ihrer Unterjochung in den Krieg. Die Antwort der deutschen Arbeiter hierzu liegt in dem Briefe Legiens an den amerikanischen Gewerkschaftsführer Gompers vor. (Sehr richtig! bei den Soz.) — In Russland ist ein unhaltbares System zusammengebrochen. Mit gespannter Aufmerksamkeit müssen wir verfolgen, wie sich die Dinge in Russland entwickeln. Die bürgerlichen Revolutionäre suchen sich als Ausschuss der nationalen Verteidigung hinzustellen. Darüber haben sich die englischen Minister natürlich sehr gefreut. Jetzt aber ist der Jubel über die russische Revolution stark gedämpft, denn die proletarischen Massen, die ausgeprochene Friedensfreunde sind (Sehr wahr! bei den Soz. — Zuruf: Wie wir.), geben den Ton an. Das beweist der Aufbruch der Dumskratien der russischen Sozialdemokraten, in dem es heißt, das russische Volk lehne nach Frieden und verlange sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. Möge das neue Russland sein Gewicht als Wächter der Erreichung eines dauernden Weltfriedens in die Wagsschale der Welt werfen. Der in Russland verbreiteten Auffassung, Deutschland könne den Versuch machen, bei der Wiederherstellung des zaristischen Regiments mitzuwirken, muß von deutscher amtlicher Seite auch so rasch wie möglich entgegengesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Leider haben wir uns vor dem Kriege mehrfach in innerpolitischen Angelegenheiten Russlands eingemischt. Ich erinnere an den Königsberger Prozeß schändlichen Angebentens. In einem Aufrufe russischer Sozialdemokraten an die deutschen Arbeiter heißt es: „Wir wünschen sofortigen Frieden und werden mit aller Kraft dafür arbeiten.“ Aber jeder Versuch Deutschlands, dem alten Regime in Russland Dienste zu erweisen, werde bei der russischen Arbeiterklasse auf schärfsten Widerstand stoßen. Die militärische Genjur hat unbegreiflicherweise die Veröffentlichung dieses Aufrufes verboten. (Hört! Hört! und Zurufe bei den Soz.) Zum Glück war dieser Appell an die deutsche Arbeiterklasse gar nicht erforderlich. Die deutschen Sozialdemokraten werden mit aller Entschiedenheit einen dahingehenden Versuch bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Vorgänge in Russland dürfen auf keinen Fall dazu ausgenutzt werden, um möglichst weitgehende deutsche Eroberungsziele zu verwirklichen. (Zuruf bei den Soz.: heiler Wahnsinn!) Es gäbe kein wirkames Mittel, alle russischen Friedensneigungen im Keime zu ersticken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das absolutistische Regiment ist jetzt hoffentlich für immer beseitigt. Das russische Volk haben wir für den Krieg nie verantwortlich gemacht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir begleiten seinen Freiheitskampf mit unerer lebhaftesten Sympathie und gebeten voller Bewunderung seiner Freiheitskämpfer. Falls die Stimmung in Russland für rasche Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens soweit wächst, daß sie für die Handlungen der neuen russischen Regierung bestimmend wirkt, fordern wir von der deutschen Regierung, daß sie nichts unterläßt, was die Herbeiführung eines ehrenhaften dauerhaften Friedens mit unserem großen östlichen Nachbarvolk ermöglicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) — Die Notwendigkeit einer gründlichen Neugestaltung der Verhältnisse in den Kommunen, Einzelstaaten und im Reich wird immer dringender. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Neugestaltung nicht nur Europas, sondern der Erde soll sich aus diesem Meer von Blut heraus durchziehen. Aber es gibt immer noch verblendete Kreise, die sich gegen jede Reform stemmen. Es geht nicht an, mit politischen Reformen im Schneidtempo der rasenden wirtschaftlichen Entwicklung folgen zu wollen. (Sehr wahr bei den Soz.) Die Reden im Herrenhaus müssen außen wirken wie ein Triumph unserer Feinde, die mit dem Hinweis auf die Freiheitsfeindlichkeit des deutschen

Regierungssystems eine verhängnisvolle Antipathie gegen Deutschland hervorgerufen haben. Auch in den westlichen Demokratien ist gewiß manches noch recht mangelhaft. Man kann nicht die deutschen Zustände auf eine Stufe stellen mit dem früheren zaristischen Regiment. Deutschland ist seit Jahrzehnten das Land des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den Reichstag, das Land der größten Arbeiterorganisationen und einer Sozialpolitik, die wir, so verbesserungsfähig sie ist, doch nicht missen wollen. Das bisherige preussische System kann und darf nicht aufrecht erhalten bleiben. Deutschland muß sich seinen demokratischen Nachbarn im Westen und Osten anpassen. Diese Anpassung kann aber nicht nach russischem Beispiel erfolgen, denn eine Revolution in Deutschland, während von allen Seiten die Feinde gegen unsere Fronten anrennen, müßte die Niederlage Deutschlands zur Folge haben und damit unabsehbares Elend über das deutsche Volk bringen. Darum haben wir Sozialdemokraten immer wieder den Kriegskrediten zugestimmt, trotzdem vieles, was während des Krieges in Deutschland geschah, unsere schärfste Kritik herausfordert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Erinnerungen an das Sozialistengesetz, Zuchthausvorlage, an Reden über vaterlandlose Gesellen werden durch ein paar verbindliche Worte nicht ausgelöscht, wie sie der Kanzler am 14. März aussprach. Die herrschenden Klassen möchten am liebsten den Bürgerfrieden verewigen. Das könnte den Herren passen. Wir haben uns mit dem Bürgerfrieden abgefunden bei der Sicherheit des Landes wegen, aber wenn diese Sicherheit erreicht ist, ist es mit dem Bürgerfrieden vollends aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Zugeständnissen winziger Art ist es nicht getan. Man will endlich mit der alten Polenpolitik aufräumen. Aber warum dann nicht endlich gründliche Neuorientierung? Preußen verdirbt alles durch sein Ungeschick und seinen bösen Willen. Ueber Elsaß-Lothringen wird später zu reden sein. Dringend warne ich vor Vämen, die darauf hinauslaufen, partikularistischen und dynastischen Wünschen Rechnung zu tragen durch Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Reichsländer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für die Mißstände in der Ernährungsfrage herrscht ersteinstimmige Zustimmung. Gewiß unterbietet die englische Abiperrung der Meere uns die Zufuhr. Aber an politischen Reformen wird die Regierung nur durch die Gegner im eigenen Land gehindert. Sie dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Hat man dem Volke neue Lasten aufspaden können, warum soll da lediglich der Fortschritt im Kriege unterbleiben und warum lediglich in Deutschland. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichskanzler nimmt Abstand von einer Wahlrechtsänderung wie sie England vornimmt, um die Empfindungen reaktionärer Kreise zu schonen. Wie lange wird der Reichskanzler dem Volke zumuten, dieser ungleichen Behandlung ruhig zuzusehen. Wenigstens ein Unrecht kann sofort beseitigt werden durch Neuaufteilung der großen Wahlkreise, wie das die Verfassung vorschreibt. Die Wahlsysteme in den Einzelstaaten müssen reformiert werden. Es ist eine dreiste Verhöhnung und Herausforderung der rechtlosen Volksmassen, wenn gestern ein Junker im Herrenhause sagte, in Preußen bestehe jede Freiheit außer der des Stephens und Wrebens. Eine Wahlreform in Preußen ist sehr wohl möglich, wenn nicht mit dem Bankrott, so gegen den Landtag. Diese Tat würde die Begeisterung im Volke und bei den Truppen draußen gewaltig heben. Warum legt der Kanzler nicht einen Gesandtenwurf vor, der bestimmt, daß die Landtage aller Einzelstaaten aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgehen müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Wort: „Wehe dem Staatsmann“ wird auch auf Herrn von Bethmann zutreffen, wenn er noch länger zögert. Kommt die demokratische Neuordnung nicht bald, so bekommen wir nach dem Kriege die aller Schmerzlichsten Kämpfe. Das deutsche Volk braucht nach dem Kriege seine ganze Energie, um die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat. Daher schaffe man freie Bahn für ein freies Volk in der neuen Zeit (Sehr wahr! bei den Soz.) (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das Volk wird auch weiter für die Sicherheit des Vaterlandes sorgen um seiner eigenen Interessen willen. Aber, seien Sie sicher, ist diese Gefahr für das Vaterland vorüber und ist bis dahin nichts geschehen, dann werden wir für das Volk die Rechte durchzusetzen verstehen, auf die es Anspruch hat, wenn nicht im Guten, dann im zähesten, ertschütterten Kampfe. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Zunächst habe ich dem Hohen Hause den aufrichtigen Dank der verbündeten Regierungen zu der schnellen Erledigung der Steuerunterlagen auszusprechen. Der Reichstag hat sich dadurch ein neues Verdienst um Deutschland erworben. Was die weltgeschichtlichen Vorgänge in Russland anbelangt, so ist, soviel sich erkennen läßt, Kaiser Nikolaus ein Opfer seiner eigenen Verblendung geworden. Lange Zeit hat aufrichtige Freundschaft zwischen Deutschland und Russland gewaltet, als er der letzte Träger dieser Freundschaft ist im Grunde Alexander II. gewesen und uneigentlich des alten Bundes und der Tatfache, daß keine vitalen Interessengegenstände zwischen den beiden Reichen vorhanden waren, hat sich Kaiser Nikolaus mehr und mehr in das Fahrwasser der Entente und der panlawistischen Strömungen ziehen lassen. In den Schicksalstagen des August 1914 ist der Appell unseres Kaisers an diese Freundschaft ungehört verhallt. Die Behauptung, daß wir das absolutistische Regime in Russland unterstützt hätten, habe ich schon früher zurückgewiesen. Im Jahre 1905 hat Kaiser Wilhelm dem Zaren Nikolaus dringend geraten, sich dem Drängen seines Volkes nach Reformen nicht mehr zu widersehen. (Hört! Hört!) Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen, die weder dem Interesse seine eigenen noch dem unseres Landes entsprachen. Unsere jetzige Stellung ist klar: Wir werden auch jetzt festhalten an dem Grundsatz, daß uns die inneren Verhältnisse anderer Länder nichts angehen. (Beifall.) Von überwölkender Seite ist behauptet worden, daß der Kaiser das Jarentum wieder aufrichten wolle. Diese Ausstreuungen sind eitel Düge und Verleumdung. Wir haben keinen anderen Wunsch, als daß Russland ein gelickertes Bollwerk des Friedens wird. Wir haben unter den Sünden des alten Russland selbst genug gelitten. Das russische Volk kann sich der Sorge einer Einmischung von unserer Seite entziehen. (Beifall.) Wir wünschen nichts anderes, als bald zu einem Frieden mit dem russischen Volke auf einer für beide Teile ehrenvollen Grundlage zu kommen. (Lebhafte Beifall.)

In den nächsten Tagen treten die Vertreter des amerikanischen Volkes zu wichtiger Entscheidung zusammen, aber wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen, wenn es zu einem Kriege zwischen uns und Amerika kommen sollte. Das deutsche Volk hat gegen Amerika keinen Haß und keine Feindschaft. Wenn aber Amerika sich zum Kriege entschließt, so werden wir auch das zu ertragen und zu überwinden wissen. (Beifall.) Die chinesische Regierung hat ihre Beziehungen zu uns abgebrochen und der chinesische Gesandte hat seine Pässe gefordert. Es handelt sich dabei nicht um einen freien Entschluß der chinesischen Regierung, denn unsere Beziehungen zu China sind immer freundlich gewesen, sondern sie handelt in einer Zwangslage. Die Absicht unserer Feinde, die China zu dieser Haltung zwingen, geht dahin, unseren Handel auch in Ostasien zu zerstören und sich die Früchte unserer Arbeit mühelos anzueignen. Wir sind überzeugt, daß uns der Friede die Möglichkeit geben wird, das dort Zerföhrte auf Kosten unserer Feinde wieder aufzubauen. (Beifall.) Dann wird auch die Freundschaft mit China wieder aufleben. Was die militärische Lage anbelangt, so schließt die Jahreszeit an der Ostfront größere Operationen aus. Für das, was an unserer Westfront geschieht, schulden wir unsern unvergleichlichen Truppen unter der genialen Führung Hindenburgs und Ludendorffs wärmsten Dank. (Lebhafte Beifall.) Alle anderen Fronten halten mit unüberwinderlicher Zähigkeit. Der Unterseeboottkrieg ist im März ebenso erfolgreich gewesen, wie im Februar. (Beifall.)

Den Ausführungen der Herren Vorredner ist die innere Lage hin ich mit großer Aufmerksamkeit gefolgt, denn ich habe den Gedanken an unsere Krieger in den Schützengräben, an die Kämpfer unserer U-Boote, an die Seiden und Entbehrungen unserer

Tauchfahrt in der Ostsee.

Kiel, Februar 1917.

Zwischen Kreuzern und U-Booten, deren Namen in meinem Stollenhandbuch stehen, schlängelt sich unser Tauchboot hindurch in die Außenfahrde. Es ist keines von den großen Booten. Eng aneinandergepreßt stehen wir neben dem Turm — die eine Hand fest an dem Laufgelenk. Das Wasser spült über den grauen Rücken, der sich vorn und achtern allmählich im Wasser verliert. Ein Dampfer kreuzt unseren Kurs. Schwarze Torpedoboote schießen vor. Der Kommandant brüllt seine Befehle durch den Turm hinab. Der Dieselmotor rattert. Zwei weiße Bugwellen schäumen vor uns her. Immer freier, weiter wird der Blick. Möwen kreisen über der grauen Flut, durch die vereinzelte Eisbänke treiben.

Das Boot ist ein Schulboot. Wir sollen heute über und unter Wasser manovrieren, wir sollen auch probeschleichen. Ich will beschreiben, wie das Tauchen war. Es wird auf allen Meeren täglich getaucht und ist nichts Besonderes mehr. Ich will kein Erlebnis beschreiben, sondern was du und du und du aus Anhalt oder Baden sehen und erleben würdest, wenn du morgen plötzlich mit einem U-Boot zu Tal fährst.

Als wir weit draußen durch die See pflügen — am Horizont liegen ein paar vereinzelte Rauchfahnen — geht es in den Turm hinab. Die Turmluke schließt sich. „Noch einmal sieht man durch die beiden kleinen dicken Fenster links und rechts im Turm hinaus ins Licht. Dann steht man unten zwischen den ratternden, wirbelnden Maschinen. In diesem kleinen Tauchboot ist es eng. Jeder Platz ist berechnet. Wir werden vorwärts auf eine Seitenbank gedrückt. Das Boot macht sich klar zum Tauchen.

Oben im Turm sitzt der Kommandant. Er ruft seine Befehle einem Matrosen herunter, der sie den Steuerern und Maschinisten weitergibt. Jeder Befehl wird laut wiederholt. Zuerst stoppt der Motor. Er ist wegen der entwickelnden Gase unter Wasser nicht zu gebrauchen. Es wird plötzlich still im Boot. Die Kommandos hallen lauter durch den langen schmalen Raum, der von zahlreichen Birnen erhellt ist. Jeder steht wartend auf seinem Posten. Nirgends ist die Kommandogewalt so zentralisiert wie im Tauchboot. Bevor der Befehl zum Tauchen kommt, wird die Dichtigkeitsprobe angestellt. Alle Ventile müssen dicht geschlossen sein. Aus einem Preßluftzylinder wird Luft abgelassen. Wir stehen plötzlich unter verstärktem Luftdruck, den wir am meisten in den Ohren spüren.

Als wir noch über Wasser schwammen, waren die Ballasttanks leer. Dadurch hielt sich das Boot. Auf ein Kommando hin füllten sich einige dieser Tanks mit Wasser. Das Boot begann zu sinken. Zuerst ragte noch der Turm aus dem Wasser. Der Kommandant sah durch die kleinen Fenster über die weite graue, grüne Fläche. Neue Ventile öffnen sich. Das Wasser stutete hinein. Das Boot sank tiefer. Durch die Fenster blinzelte er in das steigende Wasser, das hellgrün schimmerte. Dann wurde das Wasser dunkler und schließlich wie schwarz. Das Boot liegt jetzt tief unter der Oberfläche des Meeres — völlig still.

Damit ein Boot in gleichmäßiger horizontaler Lage bleibt, muß es zunächst gut „ausgetrimmt“ werden, es darf weder vorder- noch hinterlastig sein. Der Regulierung dieses Gleichgewichts dienen die verschiedenen vorderen und achteren Trimmantons. Auch das Gewicht der Menschen wird zu Hilfe genommen. Währenddessen sind die elektrischen Motore eingekuppelt und eingekuppelt und wir gleiten unter Wasser mit geringer Geschwindigkeit vorwärts. Das Tiefenmanometer

zeigt den Druck einer acht Meter hohen Wassersäule über uns an. Die Luft im Boot ist etwas dünn, die — „Margarineluft“, wie die Matrosen sagen —, aber nicht beschwerlich. Das Boot beginnt zu manövrieren. Dem Druck des Steuerhebels gehorchend, beschleunigt es sanfte und scharfe Kurven. Einmal dreht es sich im Kreise, da helfen die Doppelschrauben mit. Dann klettert es auf und nieder. Diese Unterwasserfahrt des Tauchbootes stellt man sich am besten wie den Flug eines Aeroplans vor. Wie dieser durch die Höhensteuer sich aufwärts schwingt und wieder niederstößt, so gehorcht das Tauchboot in seinem Auf und Ab den Bewegungen seiner Tiefensteuer. Wie die Luft in ihrer verschiedenen Dichtigkeit und Wärme die Bewegungen des Flugzeugs beeinflusst, so das Wasser die ruhige Fahrt des Tauchbootes. Auch hier gibt es Strömungen und Streifen von verschiedener Dichte, von verschiedenem Salzgehalt, verschiedener Temperatur. Die Nordsee trägt besser als die Ostsee.

Eine Zeitlang fahren wir mit ausgestrecktem Sehrohr. Ich klettere zu dem Kommandanten auf den Turm. Das Rohr wird durch elektrische Kraft ausgestoßen und eingeholt. Der Schaft ist nicht leicht zu drehen, da er vollkommen luft- und wasserdicht gegen außen abgeschlossen werden muß. Man zwingt die Augen in die Gummimuschel des Okulars und sieht das Meer wie in einem Fernglas. Eine Wölfe. Ein Küstendampfer in Richtung Fehmarn. Ein paar Schiffsleuchten. Man dreht den Schaft nach links und rechts um 90, um 100 Grad. Man sucht den ganzen Horizont ab. In ungefähr fünf Seemeilen Entfernung kommt ein deutsches Linienschiff hinter uns hergefahren. Wieder hinunter in den Raum. Neues Kommando: „Fluten.“ Wieder füllen sich einige Tanks. Man hört das Wasser brodeln. Die Steuerer drehen an ihren Rudern. Das Boot ist etwas nach vorn geneigt. Jetzt stoppt die Maschine. Stille. Das Manometer sinkt. Acht Meter, zehn Meter. Plötzlich ein leises Knirschen. Ein Scheuern an den Wandern draußen. Dann alles still. Wir liegen tief auf dem weißen Grunde der Ostsee. Die Luft wird dicker jetzt. Eine Sauerstoffflasche wird geöffnet und spritzt neues Leben in den Raum. Man hat plötzlich das Bedürfnis zu rauchen, und darf nicht. Denn die Luft muß gestreckt werden im Tauchboot. Darum sollen bei der Unterwasserfahrt die dienstfreien Leute nicht umherhüpfen, sondern schlafen, denn der Schlafende verbraucht ein Sechstel desjenigen, der stark arbeitet. Zehn Minuten lagen wir im Sande der Ostsee. Nichts rührte sich. Das Boot stand völlig gerade auf seinem Kiel. Der Kommandant stieg vom Turm herunter und erzählte von seinem letzten Kampf mit der „Mahalle“ in den Downs. Plötzlich höre ich ein dumpfes, dann knirschendes Geräusch, ein Rollen und Mahlen. Ich horche auf. „Das Linienschiff“, sagt der Kommandant, „gleich sieht es über uns.“ Das Mahlen kam näher. Ich glaube, das Wirbeln der einzelnen Schrauben zu hören. Dann entfernte es sich. Und verlor in einem dumpfen, zitternden Rollen.

Wir steigen wieder aufwärts. Der Dynamo wird eingeschaltet und beginnt zu surren. Das Wasser wird aus den Tanks gepreßt. Das Boot hebt sich und schwankt. Zuerst sind wir vorderlastig und bleiben mit der Nase im Sande stecken. Aber schnell wird umgetrimmt. Das Tiefenmeter weist nach oben. Die Schrauben drehen sich. Das Manometer steigt. Wir fahren aufwärts. Jetzt soll geschossen werden. Schießen ist ein mißverständlicher Ausdruck, denn das Pulver spielt beim Ausstoßen des Torpedos meist gar keine Rolle. Im Wasser fährt der Torpedo mit eigener Kraft auf sein Ziel los. Aber um aus dem Lanzenrohr des Bootes hinausgeschleudert zu werden, dazu bedarf er eines starken Druckes. Dieser Druck

wird im allgemeinen durch Preßluft erzeugt. Beim ersten Schuß sehe ich wieder vorn unten auf der Seitenbank. Das Sehrohr bildet eben aus dem Wasser heraus. Der Rohrmeister steht vor dem Rohr. Die Befehle schnarren aus dem Turm herab, werden fliegend weitergegeben, nach hinten in den Maschinenraum, nach vorn zu uns. Zu den Steuerern. Jeder gespannt auf seinem Posten. Alles klar! Achtung! Los! Plötzlich ein Zischen und Gurgeln im Rohr. Das Boot schwankt.

Beim zweiten Schuß sehe ich oben im Turm. Wir liegen so dicht unter der Oberfläche, daß das Licht des Tages grünlich durch die beiden Fensterchen schimmert. Ein kleiner Küstendampfer raucht dicht an uns heran. Der Kommandant stencert auf ihn los. „Noch hat er nichts gemerkt!“ Ich sehe einen Augenblick durch das Rohr. Friedlich zieht der Dampfer seine Bahn auf den Eingang der Fahrde zu. „Passen Sie auf“ — sagt der Kommandant. „So wird's gemacht.“ Ein paar Befehle fliegen in den Raum hinunter. Einmalig klappen die Antworten wieder herauf. Alles klar. Achtung! Los! Er drückt auf einen der schwarzen Knöpfe an der Turmwand. Wieder das Zischen und Gurgeln unten im Rohr. Das Drehen der Räder. Das Laufen der Mannschaft.

Wir schnellen hoch. Ganz hellgrün wird das Wasser an den Fenstern. Aber wir schnellen nicht heraus. Das Boot gehorcht dem sehnigen Druck des jungen Mannes. Nach einer Minute ist alles wieder im Trimm. „Wollen Sie den Dampfer sehen?“ lacht der Kommandant. Ich zwänge mich in die Gummimuschel. Da fährt der kleine Kasten ruhig wie vorhin. Der Schuß war selbstverständlich blind. Bald darauf tauchten wir auf. Die Luke wurde geöffnet. Nacht umfloh uns. Wir atmeten tief. Im Kielwasser des kleinen Küstendampfers fuhrten wir in die Fahrde ein.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Danziger Nachrichten

Auskunfterteilung über den vaterländischen Hilfsdienst.

Bei der Kriegsamtsstelle Danzig, Krebsmarkt 2/3, ist eine Auskunft für den vaterländischen Hilfsdienst eingerichtet worden. Eingang an der rechten Seite des Gebäudes (Bogengang). Dienststunden 8 1/2 bis 12 1/2 und 3 bis 6 Uhr. Die Auskunft erteilt über alle mit dem vaterländischen Hilfsdienst zusammenhängenden Fragen unentgeltlich Auskunft. Außerdem nimmt sie freiwillige Meldungen von Helfern für das besetzte Gebiet entgegen. Bei der Wichtigkeit des vaterländischen Hilfsdienstes für die Kriegführung ist zu wünschen, daß recht viele die Gelegenheit, sich zu unterrichten, benutzen werden.

Aus der Praxis des Hilfsdienstes.

Vom Kriegsausschuß verlangte Schloffer A. den Abkehrschein, der ihm die Kaiserliche Werft verweigerte. Er gab an, daß seine Frau in Berlin an Nervenlähmung erkrankt sei und zur Führung des Haushalts fremder Hilfe bedürftig. Da A. auf Verlangen des Ausschusses Beweise für die schwere Erkrankung nicht beizubringen vermochte, wurde sein Antrag abgelehnt. Metallschleifer M. ist in der Artillerie-Werkstatt als Arbeiter beschäftigt. Er beantragte den Abkehrschein, um wieder in seinem Beruf Beschäftigung zu finden. Dadurch erziele er auch höheren Verdienst. Der Ausschuß bezweifelte, ob die Firma in Berlin, bei der M. in Beschäftigung treten wollte, mit Kriegsarbeiten beschäftigt ist. Vom Ausschuß soll darüber

Heimliche Kronenträger

Menschen gib's, die umfließt ein heller Schein, Menschen mit Augen, tief und rein. Menschen, die über dem Alltag thronen, Wissen, die tragen heimliche Kronen — Kronen sind schwer!

Triffst dich ein Königtum vor dich hin, Reize dich tief in deinem Sinn. Die Kronen tragen nur Kinder vom Leid, Hart sind sie erkämpft für die Ewigkeit. Kronen sind schwer!

C. R.

Danziger Stadttheater

8. städtische Volksvorstellung.

Der Meineidbauer von L. Augengrubert.

Es ist hoch erfreulich, daß die Mängel, die der Einleitung der städtischen Volksvorstellungen leider noch immer in viel zu hohem Grade anhaften, den Vorstellungen selbst völlig fremd bleiben. Unsere heimische Künstlerschaft erfüllt ihre Aufgabe darin mit einer Hingabe und Wärme, die vollendetes Gelingen sichern. Der Meineidbauer stand unter einem sehr guten Stern. Der bigotte Kreuzwegbauer, der zum Nachteil der Kinder der Geliebten seines Bruders dessen Testament vernichtet und dann, trotz aller äußeren Frömmigkeit, abschwört, daß es vorhanden sei, fand durch Werble Naturechte Verleumdung. Als tapfere Bronie, die um ihr Eigentum mit dem schneidenden Schwert ringt, war Maria Vera eine klassische Vertreterin der Rolle. K. Lerch fand als Sohn des hinterlistigen Erbschleichers, der dessen Tat an der Geliebten süßmüßig, eine tadellose gelöste Aufgabe. Hubermann war als der durch die Untat des Meineidigen im Elend verdobernde Bruder der Bronie der ausgezeichnete Charakteristiker, den wir an ihm schätzen und den gerade diese schwierige Rolle fordert. Nur stärkte etwas der vom Dichter gewollte Dialekt in der Sterbezene. Wir müßten alle Namen, Frau von Weber und Johanna Probst-Galleiste nicht zu vergessen nennen, wenn wir allen Mitspielern Gerechtigkeit widerfahren lassen wollten. Es mag genügen, wenn wir sagen, daß diese Vorstellung gerade wegen ihrer Vorzüglichkeit eine vollendete

Volksvorstellung wurde. — Zu wünschen wäre, wenn es gelingen möchte, das Mitbringen wenigstens der jüngeren Kinder auszuschließen. Deren Verständnis vermag häufig der Vorstellung nicht zu folgen, was für Publikum wie Künstler gleich nachteilig ist. Hoffentlich findet die nächste Volksvorstellung die Ehre auf dem Spielplan.

Die Ehre. Schauspiel von Sudermann.

Es war am 27. November 1887 im Lessingtheater in Berlin. Eine Erstaufführung: Die Ehre von Sudermann. Dem großen Publikum war der Dichter ein unbekannter Name. Als sich aber der Vorhang zum letzten Male senkte, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Sudermann war mit seinem Erstlingsstück berühmt geworden. Der überwältigende Erfolg des Stückes hat bis heute angehalten. Wohl sind wir in den 30 Jahren, die seit der Erstaufführung vergangen sind, kritischer geworden. Manche Szene des Stückes erscheint heute geschraubt, manche Person unnatürlich. Dennoch fühlen wir es, daß es das Werk eines Dichters ist, der mit zwingender Gewalt die Schäden und Unzitten der Gesellschaft seiner Zeit geißelt. Das Schauspiel behandelt den Gegensatz zwischen dem Vorder- und dem Hinterhause, der Welt der Kommerzienräte und der des Proletariats. Hier wie dort sind die Charaktere verdobernd. Aufmerksam hat sich der alte Kommerzienrat den Weg zum Reichtum gebahnt: in leichtsinnigster Weise verschwendet sein Sohn den Reichtum und verführt die Tochter des Volkes. Die Proletariatskinder Heinecke aber ererben in kriegerischer Dankbarkeit, als der Kommerzienrat die Schande ihrer Tochter mit Geld „löhnt“. Deshalb verläßt der junge Heinecke angeekelt sein Vaterhaus. Dem Kommerzienrat aber, der ihn nach langjähriger treuer Arbeit mit Schimpf und Schande davonjagt, schleudert er die zornverfüllten Worte entgegen: „Gut. Dies ist der Tag der Abrechnung. Machen wir also das Konto klar... Das Konto zwischen dem Vorder- und dem Hinterhause. Wir arbeiten für euch... wir geben unsern Schweiß und unser Herzblut für euch hin... Derweilen verführt ihr unsere Schwestern und unsere Töchter und bezahlt uns ihre Schande mit dem Gelde, das wir euch verdienst haben. Das nennt ihr Wohlthaten erweisen. Ich habe mit Nägeln und Nähen um euren Verdienst gerungen. Ihr stahlt mir die Ehre meines Hauses, wenn's auch euer Hinterhaus war. Ihr seid die Diebe — ihr.“

Die Wiedergabe des interessanten Wertes am vorigen Sonnabend war von fetter Vollendung. Das Verdienst hierfür gebührt in erster Linie der Spielleitung des Herrn Haag. Echter Naturalismus war Szene und Darstellung im Hinterhause. Wahre Volkstypen boten Frau von Weber und Herr Trebe als die alten Heinecks; von überragender Natürlichkeit war Wally Senff-George als ihre birnenhafte Tochter. Den jungen Heinecke gab Herr Lerch mit leidenschaftlichem Gefühl. Seinen allzu berebten und geistreichen Freund, den Grafen Trast, spielte Herr Hardy mit Würde und Bornehmtheit. Die Personen des Vorderhauses fanden in Herrn Werble als der alte Kommerzienrat und Herrn Kramer als sein verlobbeter Sohn charakteristische Darstellung. Maria Vera bot als die „ungeratene“ Tochter des Vorderhauses in edler Charakteristik eine willensstarke Persönlichkeit. Das ausverkaufte Haus sollte den Darstellern den wohlverdienten stürmischen Beifall. Po.

Bühne und Volk

Der deutsche Bühnenverein, die Organisation der Bühnendirektoren, hat, wie wir schon mitteilten, durch den Beschluß seine Mitglieder verpflichtet, während der Kriegsdauer monatlich mindestens zwei Arbeiterdarstellungen zu billigen Preisen (nicht über 30 Pfennig) zu veranstalten. Ein begrüßenswerter Beschluß, wenn er eine zweckmäßige Durchführung findet. Ihre Einzelheiten stehen noch nicht fest, sie sollen erst im Einvernehmen mit dem Kriegsamt getroffen werden. Auch über die Besucher, denen die Vorstellungen zugute kommen sollen, herrscht wohl zunächst keine Klarheit. In dem Beschluß ist die Rede von „minderbemittelten, beschädigten Arbeiterklassen“. Was heißt das? Sind das die Kriegsverletzten und ihre Angehörigen — oder die Arbeiter, die unter den Kriegseinwirkungen zu leiden haben?

Der Gedanke ist sympathisch. Gewiß. Aber man Sorge dafür, daß er nun auch nutzbringend zur Tat werde. Vor allem ziehe man Vertreter der Arbeiterschaft heran, die ihr Vertrauen haben und ihre Bedürfnisse und Wünsche kennen. In manchen Städten besteht ja erfreulicherweise schon ein Zusammenwirken der städtischen Bühnen und der Arbeiterschaft; wie in Köln. Hier liegen also bereits Erfahrungen vor über die Art, wie so etwas zu gestalten ist. Hier ist vor allem

Auskunft eingezogen werden. Das Urteil wurde bis dahin vertagt.

Die Firma G. Schichau hat dem Rat der Stadt...
Schlichter verweigert, weshalb er den Auspruch anrufen hat.
Er gab an, 2 Monate im Gefängnis und dadurch mit seiner Frau und 4 Kindern arg in Schulden geraten zu sein. Von dem bei Schichau erzielten Verdienst sei er nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wohnverhältnisse seien ihm stets abgelehnt worden. Sein Verdienst betrage einschließlich aller Teuerungszulagen 88 Mark in 14 Tagen. Da er nicht nachweisen konnte, daß er bei seinem neuen Arbeitgeber mehr verdienen werde, soll eine amtliche Anfrage seitens des Ausschusses erfolgen. Bis zum Eintreffen der Antwort wurde die Sache vertagt. — Ebenfalls von der Firma Schichau klagt Maschinenbauer A. um den Abkehrschein. Wegen seiner Krankheit wurde ihm derselbe zugesprochen.

Kartoffelkrieg

zwischen Magistrat und Großhandel.

Diese Frage muß man aufwerfen beim Lesen einer am 22. März veröffentlichten Notiz des Magistrats. Sie ist ihrem ganzen Inhalt nach weniger eine Klärung der Bevölkerung als eine deutliche Flucht in die Öffentlichkeit! Es wird darin ausgeführt, daß die Danziger Bevölkerung seit Anfang Februar keine Kartoffeln erhalten, weil der Magistrat dieses Volksernährungsmittel nicht mehr im Vorrat habe. Die Stadt habe jedoch genügend Wurzeln gehabt, so daß sie die Kartoffeln durch diese Früchte und Mühlenfabrikate ersetzen konnte. Bei dem Verlegen der Kartoffellieferung im Herbst sei es erklärlich, so schreibt der Magistrat, daß die Schuldfrage in der Bevölkerung besprochen wurde und dabei auch viele falsche Gerüchte entstanden. Dabei sei natürlich behauptet, daß der Magistrat die Schuld hatte. Es sei aber nicht wahr, daß er im Herbst 100 000 Zentner Kartoffeln, die ihm aus dem Kreise Berent angeboten wurden, abgelehnt habe. Ganz im Gegenteil habe er mit erheblichen Kosten Vertreter auf Land geschickt, um die Verladung zu beschleunigen und Kartoffeln im Herbst zu kaufen, wo sie billiger als im Frühjahr waren. Es sei ihm aber leider nicht gelungen, die notwendigen Mengen zu erhalten. Es sei auch kein wahres Wort an dem Gerücht, daß dem Magistrat die Kartoffeln in den Wägen verkauft seien. Sie seien im Gegenteil besonders gut durch den Winter gekommen. Die Herstellung von Wägen sei nicht ein Geheimnis, das den Städten bisher unbekannt geblieben sei. Außerdem seien die Wägen unter Aufsicht erfahrener Landwirte angelegt und erhalten worden. Der Verlust durch Abgang betrage noch nicht ein und ein Fünftel Prozent, wie er auch auf dem Lande vorkomme. Zu diesem Sondergut mild getönter Auffassung machte die Danziger Zeitung am 24. März für Kenner recht eigenartige Bemerkungen. Sie meinte selbstbewußt, der Artikel „habe an alte Wunden gerührt“. Er habe nicht bestritten, daß im vorigen Herbst bei der Kartoffelversorgung der Bevölkerung nicht alles so geklappt habe, wie es klappen sollte. Sie habe einige Zuschriften erhalten, die die Schuldfrage erörterten und von großer Verärgerung zeugten. Im beiderseitigen Interesse sehe sie von einer Veröffentlichung ab, um der folgenden Woche nicht unnötig Raum zu opfern! Auch änderten die Artikel an dem Gelbesenen ja doch nichts. Man werde eben im nächsten Herbst versuchen müssen, es besser zu machen. Wer die Kreise des börsenmäßigen Großhandels kennt, die in der Danziger Zeitung ihr Sprachrohr sehen, verstand diese gar nicht mehr verhehlte Kriegserklärung gegen den Magistrat. Auf diese schwereren Unterstellungen des Organs des organisierten Großhandels erwiderte der Magistrat nichts. Noch deutlicher wurde eine in der Abendausgabe der Danziger Zeitung vom 24. März wiedergegebene Zuschrift des Kauf-

manns, Gustav Dahmer, Stroh- und Kartoffelexporteur. Die Danziger Zeitung erklärte, daß sie seine Meinung, unter anderem, 11 von Oldenburg-Danuschau 8 Mark pro Zentner Erzeugerpreis für Kartoffeln fordert, sehr gern den Lesern unterbreite. Es werde der empfindliche Preis nicht unangefochten bleiben. Doch werde der Nachweis, daß der Handel zweckmäßiger und sparsamer als die großen Kriegsgesellschaften zu wirtschaften verstehe, an maßgebender Stelle nicht ungehört verhallen. Wenn die Zuschrift eine Brücke zu den Ausführungen des Herrn v. Oldenburg schlage, meint das Blatt, so sei das im Zeichen des Burgfriedens doppelt willkommen! — Man wird gut tun, diese sehr einseitige liberale Erklärung für die Zukunft nicht zu vergessen.

Der Kartoffelgroßhändler Dahmer fordert in langen Ausführungen, daß der „freie Handel“ an Stelle der öffentlichen Bewirtschaftung, also auch des Magistrats, die Verteilung der Kartoffeln übernehmen müsse. Der Landwirt solle gute und auskömmliche Preise erhalten. Aber auch dem Händler solle man die Wissnige nicht in den Beutel jählen, damit er in die Lage komme, etwas Kriegsanteile zu zeichnen! Dann würde die Bevölkerung billigere Kartoffeln in auskömmlicher Menge erhalten, weil besser als es unter der öffentlichen Bewirtschaftung gesehe! Beshalb solle man der Landwirtschaft nicht, wie es v. Oldenburg wolle, 8 Mark pro Zentner Kartoffeln bewilligen?! Dazu könnte man noch 1 Mark bis 1,50 Mark für den Zentner dem Kaufmann Zuschlag geben. Dann gebe es bestimmt keine Kartoffelknappheit, geschweige denn Kartoffelnot. Zu hoch würde dieser Preis nicht sein! Eine Familie von 6 Personen brauche im Jahre 15 Zentner Kartoffeln. Bei 2 bis 3 Mark höherem Preise würde sie also jährlich nur 30 bis 35 Mark mehr zu zahlen haben! Was sie mit tausend Freunden tun würde, weil sie dann auch genügend Kartoffeln hätte. Alle Städte und Gewerkschaften usw. mühten den Reichskanzler bitten, von dem unglücklichen Gedanken der öffentlichen Bewirtschaftung mindestens der Kartoffeln, abzuziehen.

So unglaublich dieser burgfriedliche Heber-Oldenburg. Das wirklich sachverständige landwirtschaftliche Mitglied der Preisprüfungsstelle Marienwerder, W. O. N., antwortet ihm in der Abendausgabe der Danziger Zeitung vom 29. März, daß seine kühnen Behauptungen allen Erfahrungen entgegen völlig beweistlos so einseitig zugunsten der Kartoffelbauer aufgestellt seien, daß jeder sofort die Herkunft erkenne! Auch der hiesige konservative Stadtorbitorde Lange sagte dem Börsen-Sachverständigen der Danziger Zeitung in derselben Nummer ebenfalls sehr deutlich, daß die Bevölkerung die Kartoffelversorgung durch den „freien“ Handel bald am Körper und Geldbeutel spüren würde.

Wenn besondere berufene Verteidiger des freien Handels so ihre volksbeglückenden Absichten enthüllen, kann man das mit einer gewissen Genugtuung über so viel Offenherzigkeit anerkennen. Wie aber eine großstädtische Zeitung, die angeblich für billige Volksernährung eintritt, ihren Lesern Ausführungen, die einen Kartoffelpreis von 10 Mark pro Zentner fordern, gern vorlegen kann, versteht derjenige nicht, der den Unterschied zwischen Großhandel und Allgemeinwohl kennt. Die allerdings vorhandene Brücke, die der liberale Großhändler im Interesse der „Freiheit des Handels“ zu den hochagrarischen Ansichten des Kammerherrn von Oldenburg-Danuschau schlägt, ist für freimütige Großkaufleute allerdings nichts Neues. Unter der schützenden Verteidigung der Danziger Zeitung haben ja die hiesigen Großkaufleute auch vor dem Kriege, zusammen mit den Großgrundbesitzern, die das Brot verteuernenden Getreide-Einfuhrzölle genau so verteidigt, wie es die Ausführungen Dahmers hinsichtlich der Kartoffeln um. Ueberblickt man praktisch die Wirkung des frei ausdemendenden Handels, so sieht man auf den ersten Blick, wie die hohen Preise, die den armen Großkaufleuten erst das Zeichnen von Kriegsanteile erlauben sollen, die genötigte Ware garantieren. Die Kohle, die Zwiebeln, der Käse und andere notwendige Lebensmittel, gemischt über zum Beweise dafür, wie ungenügend der „freie“ Handel des Volkswohls fördert. Sein Lebenselement ist einseitig der Wohlstand große Gewinn, ohne alle besondere Rücksicht. Der Wille, wie die weitverbreiteten Getreidekriege, von einseitig Wägen? Die Gewerkschaften würden sich auf's Schwerste am Wohl der Arbeiter verständigen, wenn sie sich gegen den öffentlichen Schug, gegen die „freie“ Ausbeutung der Lebensmittelmor wenden würden.

Zur Sicherung genügender und angemessen billiger Nahrungsmittel fordern sie verstärkte Ausdehnung der öffentlichen Bewirtschaftung bis zur Wurzel der Erzeugung! Diese Notwendigkeit kann der Jörn der Börie nur bestärken. Trotz der großen Sympathien, die hier leider Rathaus und Reichshof verbinden, möchten wir doch erwarten, daß man auch im Magistrat wegen dieser undankbaren Attade der Börseninteressen doch etwas bedenklich wird. Leider ließ das Lob des Kammerhandels durch Stadtrat Dunnat in der Stadtorbitorversammlung am 3. April sehr wenig erkennen, daß Dahmers Deutlichkeiten befehlend gewirkt haben.

„Freier“ Käsehandel.

Die Vorwürfe auf das volkswirtschaftliche und ungenügende Wirken des freien Handels erfuhr neuerdings über Berlin wieder eine beweisfrächtige Danziger Bestätigung. Das Berliner Polizeipräsidium kam einem umfangreichen wuchernden Schleichhandel mit Käse auf die Spur. Ein Restaurateur vertrieb als Vermittler eines angesehenen Danziger Kaufmanns, dessen Namen das Berliner Tageblatt leider nicht nennt, Käse aus Memelburg zu unverschämten wuchernden Preisen. Damit er nicht durch den Eingang großer Mengen an einer Stelle Verdacht erwecke, betrugte der Danziger Freihändler vier Gastwirte in anderen Stadtteilen als Bedachtsen-Empfänger. 700 Kisten Käse wucherten nach Memelburg. Für die Käse, die höchstens 6 Mark wert war, ließ sich der honorarie Kaufmann 14 bis 16 Mark bezahlen! — So ließ das Ideal der Lebensmittelerzeugung durch den „freien“ Handel in der nächsternem Praxis des öffentlichen Lebens aus. Welches Mischen-Wücher-

geschäft muß jeder Antifische Kaufmann gemacht haben, wenn in einer einzigen seiner Filialen, in West, noch 700 Kisten Käse gefunden werden konnten? So versteht man, daß der Käse wie von der Erde verdrängt erscheint.

Brotmangel

Die Ausführungen unserer letzten Nummer über das ungenügende Gewicht des Brotes haben uns mehrfache Zustimmung und zugleich genug Klagen über Mangel des Brotes gebracht. Sie ausführlich wiedergzugeben, ist uns nicht möglich. Zusammenfassend möchten wir dazu bemerken, daß es anheimend so viele Brotorten gibt, als Bäckermeister vorhanden sind. Einseitlich ist leider nur die Preis- und Gewichtsfestsetzung. Alle andern Gesichtspunkte, die wie Menge und Güte, die Verwendungsfähigkeit, dieses wichtigsten Nahrungsmittels der großen Masse bestimmen, weichen vielfach von einander meist zu Ungunsten der Verbraucher ab. Dies bestätigte auch kürzlich eine Gewissensscharfung, die der Obermeister der Posenener Bäckerei öffentlich an seine Kollegen richtete. Die Kontrolle der Mängel ist bei der großen Zahl der Kleinbetriebe praktisch gar nicht in der gebotenen Weise möglich. Schließlich steht sie doch nur vor vollendeten Tatsachen. Soll sie ernstlich nützen, so muß sie schon bei der Erzeugung eingreifen und so vorbeugend alle Schäden verhüten. Brot ist Leben! Das gilt besonders für die vom 15. April eintretende Verringerung der Brotmenge. Um sie so erträglich wie möglich zu gestalten, darf kein Schritt unterlassen werden, der gutes und gesundes vollgewichtiges Brot unter allen Umständen garantiert. Das ist aber mit sicherem Erfolge nur auf einem einzigen Wege zu erreichen: Eine große städtische Bäckerei muß das gesamte Brot der Bürgerschaft herstellen! Reinerlei kleinliche Bedenken, kein theoretische Abneigung gegen Kommunalsozialismus usw. darf an der Durchführung dieser Maßnahme hindern. Es handelt sich um eine sachlich und notwendige Maßregel. Ist sie in ihrem Charakter sozialistisch, so beweist das gewiß nichts gegen, wohl alles für den Sozialismus. Bedenken wegen der Existenz der Meister können an sich nicht entscheidend in Frage kommen. Schließlich können sie aber sehr gut bei der technischen Herstellung in der städtischen Brotfabrik mitwirken. Sie haben es dort ja nicht mehr notwendig, die Nacharbeit zu leisten und in so — deiktaten Räumen zu arbeiten, deren Abschaffung sie ihren Gesellen nicht einräumen wollten. Zögern heißt in dieser Hinsicht noch mehr als sonst die Missetände selbst verschulden!

Anmeldung des Kohlenbedarfs.

Eine in dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung des kommandierenden Generals für das 17. Armeekorps bringt Vorschriften über die Anmeldung des Kohlenbedarfs für industrielle und landwirtschaftliche Betriebe und den Handel. Besonders wird darin bestimmt, daß ein wichtiger Haushalt oder Kleinbetrieb, der von dem bisherigen Händler keine Kohlen erhalten kann, sich an den Magistrat zu wenden hat.

Öffentliche Volksversammlung

Wie wir bereits ankündigten, spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Schöpflin am Sonntag, den 15. April, nachmittags 3 1/2 Uhr im Bürgergarten in Schidlich in einer öffentlichen Versammlung über das sehr zeitgemäße Thema: „Frieden, Brot und gleiches Recht!“ Unsere Genossen müssen es als Ehre ansehen, für starken Besuch der Versammlung zu sorgen.

Beginn der Sommer-Uhrzeit.

Während die Sommer-Uhrzeit im Vorjahre bekanntlich in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai eingeführt wurde, ist der diesjährige Beginn bereits auf den 16. April festgesetzt, und zwar am 2. Uhr morgens, wo sämtliche Uhren nicht nur Deutschlands, sondern auch Oesterreich-Ungarns auf 3 Uhr vorgebracht werden. Die Nachtruhe wird dadurch um eine Stunde verkürzt. Ebenso ist das Ende der Sommer-Uhrzeit verschoben worden. Der Uebergang in die gewöhnliche Winteruhrzeit ist auf Montag, den 17. September, früh 3 Uhr, angesetzt. Die Uhren werden an diesem Tage um eine Stunde zurückgestellt, so daß der 17. September 25 Minuten hat, da die Zeit von 2 bis 3 Uhr doppelt einströmt wird. Die Einföhrung der Sommer-Uhrzeit in diesem Jahre ist es gewöhnt, daß sie, ebenso wie die Zurückführung in die Winterzeit, auf einen Montag fällt. Die Stunde ist so gewählt, daß der Uebergang in die verkehrarme Zeit fällt, wo z. B. in Berlin der Straßenbahn-, Hochbahn-, Straßen- und Ringbahnverkehr fast völlig ruht, und keine größeren Abänderungen der bestehenden Fahrpläne getroffen zu werden brauchen. Auch soll, wie wir hören, die Polizeiwache wieder heraus- noch herabgesetzt werden, da das Heraufziehen die in Frage kommenden Betriebe bevorzugen, das Herabsetzen aber schädigen würde.

Militärische Reklamationen

müssen, wie die in dieser Nummer abgedruckte Bekanntmachung des Stabs-Generalkommandos des 17. Armeekorps wiederholt vorschreibt, stets an den Zivilvorstehenden der Ortspolizeipräsident Wessel. Wir empfehlen dringend die genaue Beachtung der für jeden Wehrpflichtigen wichtigen Bekanntmachung.

Kinder aufs Land.

Der Danziger Jugendfürsorge-Verein schreibt uns: Wie in ganz Deutschland, so sind auch in unserer Provinz die Vorarbeiten im Gange, um auf Anregung des Ministerialerlasses vom 1. März 1917 bald nach Ostern Tausende von Stadtkindern auf das Land hinauszuschicken. Diese Maßregel ist notwendig, um unsern Großstadtkindern bei den schwierigen Ernährungsverhältnissen eine gesunde und kräftige Entwicklung zu ermöglichen. Bereits im vorigen Jahre hat eine größere Zahl solcher Kinder die Wohlthaten des Landlebens genossen und ist an Leib und Seele gestärkt — meistens mit bedeutenden Gewichtszunahmen — in ihre Heimat zurückgeführt. Die Landbevölkerung hat sich ihrer ir-

auch der Begriff „volkstümlich“ erklärt. Abgelegte Sachen, obere Böden, Kriegsfisch sind gewiß nicht volkstümlich. Wir wollen nicht fordern, daß man nur Goethes „Faust“ begreife, aber daraufhin ist von vornherein zu dringen, daß ein volkstümliches Programm aufgestellt werde. Manches wird vielleicht zum ersten Male bei dieser Gelegenheit im Theater kommen und vielleicht auch das letzte Wort. Das Theater hat gewiß das größte Interesse daran, daß keine Schmeichelei und Lächerlichkeit das große Wunderreich der Bühne erschaffen werden soll, einen Grund für immer daraus mitnehmen, die große Sehnsucht nach höherer Anteilnahme an der Kultur, daß sie für unsere nationale Existenz gewonnen werden — und nicht für solche Augenblickepaße.

Diese Vorurteile zeigen sich darüber zu wundern, daß so viele Deutsche im Auslande so schnell im Dankschium verfallen. Die Form eines Wagners oder Richard Wagner, die einen Goethe, Schiller, Kant, einen Dürer und Beethoven bevorzugen, hat bei uns keinen Grund, sich zu wundern. Die Frage ist, was man hat, die Wägen der Wägen, die im Auslande ihr Leben lang mit den großen, unerschütterlichen Gütern verfahren. Was ist das? Was ist das? Was ist das? Was ist das?

Die alten Griechen haben für ihre Wägen so etwas wie ein gewöhnliches normales Kultur gehabt. Die Bühne war ein Ort, wo man sich unterhalten konnte. Sie verfügte kein gesellschaftliches Leben. Die Wägen, die man im Dienste der ersten und zweiten Generationen, die es war der Jugend für jedermann, war ein Wägen, gewöhnlich haben, wird darauf ein freies Volk nach gewöhnlichem Kultur zur Tat werden lassen.

Daß aber die Schwindelredatoren heute schon sich zu einem Namen nicht dieses Programms zu eigen machen, zeigt, wie leicht die Idee einer volkstümlichen Kulturverwirklichung durch sie verloren geht.

Es wird auch nach dem Kriege und länger denn je überdies sein, die Idee der Kulturkampf gekämpft und gekämpft haben, wollen wir die ersten und Schöneren, was es für sich nehmen. Sie wollen sich zum Schicksal der Kultur. Die ersten, wichtigsten, wichtigsten Körperlichkeiten wird die Arbeiterschaft ihren Kraft und Berufsbereich erweitern, wie in den Volkskulturen. Darüber hinaus aber wird sie Gemeindegemeinschaft und bringt an ihre Wägen.

antennwertester Weise angenommen. Nicht nur den Kindern wird eine große Wohltat erwiesen, sondern auch den Eltern, die beruhigter, freudiger ihren Pflichten — dem Kampfe an der Front und der Arbeit dahelme — nachgehen können, wenn sie ihre Kinder wohl versorgt wissen. Es sollen hauptsächlich Schüler und Schülerinnen aus den Volksschulen, in erster Linie Kriegskinder, hinausgeschickt werden; aber auch talentvollere Jugendkinder, die noch zu schwächlich sind, um sich einen Beruf ergreifen zu können. Die Pflegeeltern sollen möglichst einige Monate draußen bleiben, falls angängig, was Schulunterricht mitgeben und sich ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend bei kleinen Hilfestellungen nützlich machen, denn in dieser schweren Kriegszeit muß jeder bestrebt sein, mitzuschaffen zu des Vaterlandes Heil und Sieg. Es ist auch für die Erziehung der Kinder notwendig, daß sie kleine Pflichten übernehmen. Recht viele Freistellen sind erwünscht; in anderen Fällen wird es aber auch nötig sein, ein kleines Pflegegeld — bis zu 50 Pfennig täglich — zu zahlen; es wird erwartet, daß die Eltern, denen die Sorge für ihre Kinder abgenommen wird, vielfach in der Lage und bereit sein werden, ein geringes Entgelt zu leisten. Die Kinder werden bei der Auswahl ärztlich untersucht und die Kranken unter ihnen zurückgestellt. Alle Pflegeeltern werden gegen Unfälle versichert. — In den Schulen der Städte Westpreußens werden bereits die Listen der Kinder, die für den Landaufenthalt gemeldet, aufgestellt.

Auf dem Lande hat unter der Führung der Herren Landräte eine rege Werbetätigkeit eingesetzt; es sind dort örtliche Ausschüsse in der Bildung begriffen, die die Pflegeeltern sammeln, prüfen, dann später die Kinder auf die einzelnen in ihrer Aufnahme geeigneten Familien verteilen und fernerhin die Beaufsichtigung der Pflegeeltern und die Vermittlung mit ihrer Heimat übernehmen werden.

Die Ausgaben für die Landunterbringung werden erheblich sein. Es sind in manchen Fällen Pflegeeltern zu zahlen, dazu kommen die Transportkosten, die Besoldung der Begleitpersonen usw. Geldspenden sind herzlich erbeten und an den Ausschuss für die Provinz Westpr., Geschäftsstelle des Jugendfürsorgeverbandes Danzig, Holzgasse 29, zu richten. Dasselbst wird auch nähere Auskunft aller Art in den Vormittagstunden gern erteilt.

Hoffentlich tragen diese Bestrebungen dazu bei, unsere Jugend über die nächsten schweren Kriegsmomente hinwegzuführen und bei ihr die Liebe für die Natur und das Landleben zu wecken.

Es ist dringend erwünscht, daß sich zahlreiche Stadtkinder und recht viele Familien draußen zu ihrer Aufnahme melden. Die Meldungen nehmen entgegen die Herren Landräte, die Frauenvereine und die oben genannte Geschäftsstelle.

Leider geht aus diesen Ausführungen nicht hervor, wie und in welchem Umfange die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft, die Leitungen der Organisationen, bei der Durchführung des Unternehmens beteiligt sind. Diese Aufgabe kann fruchtbar nicht als die landläufige Wohltätigkeit, was sie auch keineswegs ist, gelöst werden. Wenn das Volk seine Kinder, sein kostbares Gut, in vielfach völlig neue Verhältnisse geben soll, dann muß es auch durch seine berufenen Vertrauensorgane die Möglichkeit der Einwirkung und Kontrolle erhalten. Wie weit die Stadt Danzig bei der Unterbringung der Kinder mitwirken will, weiß der Artikel ebenfalls nicht. Er muß betonen darüber schweigen, was Danzig als Großgrundbesitzerin und finanziell für diese Kinder des Vaterlandes tun will. . . . Dabei sollte es wahrlich keine große Ueberwindung kosten, wenn die Stadt wenigstens den größeren Teil des hohen Zuschusses von fast einer halben Million Mark, den sie alljährlich, auch im Kriege, für die höheren Schulen leistet, für die Les Landaufenthaltes bedürftigen Kinder verwendete. Oder soll die Danziger Kriegsursorge unbedingt auf allen Gebieten den gleichen Usus a n a h m e charakter tragen?

In dem Aufruf fällt uns die Bezeichnung des Betrages von 50 Pfg. täglich als kleines Pflegegeld auf. Das macht monatlich schon 15 Mark! Danziger Kriegskinder erhalten aber für sich selber nur 20 Mark monatlich und für jedes Kind sogar bloß 10 Mark. Wie sollen sie, da die Stadt Danzig ihnen bekanntlich die anderwärts üblichen Zuschüsse verweigert, dieses für sie sehr hohe Pflegegeld aufbringen? Die ärmsten Kinder, denen der Landaufenthalt am nötigsten ist, entbehren noch der notwendigen Kleidung. Ihre Eltern können die Reisekosten nicht aufbringen. Sollen diese Kleinen nicht von der Vergünstigung ausgeschlossen bleiben, so muß für diese Fälle ohne Belastung der Eltern Vorkehrungen getroffen werden. Die Mitwirkung von Arbeitervertretern ist auch aus diesen Gründen unbedingt geboten.

Genossenschaftliche Kultur.

An der Spitze der deutschen Konsumvereine steht die vor 18 Jahren gegründete Produktion in Hamburg-Blankenese. Ihre Gründer mußten viel Spott ertragen und sehr viel Kleinmut überwinden, als sie ein weitgestecktes genossenschaftliches Programm aufstellten. Nach ihren Vorschlägen wurde aber doch beschlossen, die jährliche Erbringung den Mitgliedern niemals höher als mit 4 Prozent ihres Einkaufs zu berechnen und die Beträge nicht auszusparen, sondern für die Mitglieder in einem Rotfonds anzusammeln. Damit bestritt man ganz neue Wege, die der „Dividendenjagd“ schroffste Widersprachen. Das Verfahren hat sich jedoch bewährt. Am Schluß des Jahres 1916 hatten 2008 Mitglieder noch 1 590 042,28 Mark im Rotfonds stehen, obwohl aus ihm in den drei Kriegsjahren 2 270 497,20 Mark entnommen waren! Der gesamte, den Mitgliedern für 1916 zustehende Gewinn von 1 300 000 Mark fließt wieder dem Rotfonds zu. Der Abschluß war aber so günstig, daß noch ein hoher Betrag zur Verfügung blieb. Dieser soll zu einer Millionenkündigung verwendet werden.

Im Interesse eines gesunden Nachwuchses sollen eine Million Mark bereitgestellt werden zur Errichtung eines Ferienheimes „Produktion“ in Miendorf an der Ostsee. In diesem Ferienheim sollen jährlich 1000 Kinder der Mit-

glieder der „Produktion“ unentgeltlich verpflegt werden. Voraussetzung für die Aufnahme in das Ferienheim ist nur, daß die Eltern freie Mitglieder der „Produktion“ sind.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen genossenschaftlichem und kapitalistischem Unternehmen. In einem kapitalistischen Unternehmen würden diese Gewinne dazu dienen, hohe Kapitaldividenden zu gewähren, also „Millionäre“ zu züchten, im genossenschaftlichen Unternehmen, wie die „Produktion“, fließen diese Gewinne der Allgemeinheit zu, indem die Mitglieder auf ihren Warenbezug 1 300 000 Mark an Rückvergütung erhalten, die überschüssigen Beträge aber für ideale Zwecke verwandt werden.

Die Arbeiter können ehrlich stolz sein, die aus eigener Kraft so vorbildliche Kulturarbeit geleistet zu haben. Sie beschämen so manche stolze Großstadtgemeinde, die — wie leider in erster Linie Danzig — selbst in Kriegszeiten nicht die notwendige Hilfe bringen „kann“! Die Arbeiter-Genossenschaftler der „Produktion“ widerlegen durch ihr Wirken auch auf glänzendste alle törichten Tiraden von der praktischen Unfähigkeit und der Kulturfeindschaft der „roten Umstürzler“. Das im Kriege entstandene Kinderheim am baltischen Meer wird ein stolzes Denkmal kulturschaffenden Menschentums sein. Ein Monument, das vorausschauend die von den sozialistischen Arbeitern ersehnte Zukunftswelt siegesverheißend einschleiert.

Arbeiter Danzigs, eifereuren Brüdern, den Genossenschaftspionieren der „Produktion“, im gleichen Streben nach! Werdet Mitglieder der Spar- und Konsumgenossenschaft für Danzig und Umgegend. Ihre Verkaufsstellen befinden sich Tischlergasse 43/45 und Langfuhr, Brunshöferweg 24.

Reklamierete und vom Heeresdienst Entlassene!

Bewahrt den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Treue! Weibet Euch nach der Entlassung vom Heeresdienst sofort wieder zur Fortsetzung Eurer Mitgliedschaft an! Abonniert und lest die Danziger Volkswacht, die allezeit Eure Interessen vertritt!

Die organisierten Arbeiter werden aufgefordert, die vom Heeresdienst Entlassenen hierauf aufmerksam zu machen

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend hielt am 1. April im Gewerbehause ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Nilsche gab zunächst den Bericht über eine Besprechung der Konsumvereinsgeschäftsführer des Reiches mit Vertretern des Kriegs-ernährungsamts in Berlin. Es folgte der Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaft im ersten Halbjahre. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, weil es an Waren fehlte. Im Vorjahre konnte die Genossenschaft noch zwei Drittel der Waren von auswärts beziehen, in der Berichtszeit aber nur noch ein Fünftel. Die übrigen Waren waren nur von der Stadt zu erhalten. Der Umsatz belief sich im Halbjahr auf 68 800 Mark. Zu einem Warenlager konnte die Genossenschaft jetzt nicht mehr. Sie habe aber auch keine Warenschulden. Der erzielte Ueberschuss genüge, um den Käufern 4 Prozent Vergütung zu zahlen. Die Spareinlagen haben um 5000 Mark zugenommen. Kriegsankäufe konnte gezeichnet werden. Ersparnisse sind reichlich vorhanden, doch werden sie sorgfältig ausgewählt, um den Ersparniswindel nicht zu unterfüllen. Der Markenverkauf, der nützlich und notwendig sei, bilde eine nicht unerhebliche Belastung. Die Genossenschaft hatte in ihren zwei Geschäften in Danzig und Langfuhr im März 28 000 Verkaufsmarken in über 60 Sorten zu verpacken und an 9 verschiedene Stellen abzuliefern. Rechner hatte den Wunsch, daß der Magistrat die Bekanntmachungen über zu verkaufende Lebensmittel nicht früher veröffentlichte, als bis die Geschäftsleute in der Lage gewesen sind, sich die Waren von den städtischen Abgabestellen abzuholen. Das Abholen sei oft recht schwierig. Es komme jetzt vor, daß die Bekanntmachungen früher erscheinen, als die Ware im Besitz der Geschäftsleute sei. Die Käufer seien dann verdrießlich, wenn sie nach den Waren vergeblich Nachfrage halten müßten. Diese Klagen seien in letzter Zeit öfter laut geworden. — Die Wahlen für den Aufsichtsrat wurden vorgenommen. Die Tagung des Revisionsverbandes soll Herr Nilsche wahrnehmen.

In der Aussprache beschwerte man sich über die hohen Eierpreise in Danzig, die keine Berechtigung hätten und den Schleichhandel mit Eiern. Ferner würden zu viel Konserven gemacht, wodurch die Lieferung der frischen Naturerzeugnisse beschränkt werde. Das gelte auch, von den Fischkonserven. Die Herstellung geschehe oft nur, um den Preis zu steigern. Weiter wurde empfohlen, nicht so viel über Mißstände im Ernährungsweisen zu schelten und zu reden, sondern mehr Anzeigen bei den Behörden mit Namensnennung zu machen. Nur auf diesem Wege könne man Besserung erreichen. Weiter wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß der Kriegsausbruch für Konsuminteressen an der Beaufsichtigung der Marktverhältnisse beteiligt werde, wie es in manchen anderen Orten der Fall sei. Das Befehl über die Preisprüfungsstellen gebe hierzu die Möglichkeit. Die hier bestehende Aufsicht befriedige nicht.

Hierauf hielt Schmidt einen Vortrag über die Lebensversicherungsgesellschaft Volksfürsorge, die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften begründet worden ist. Die Gesellschaft entwickelte sich selbst während des Krieges

günstig weiter. Im Jahre 1915 hatte sie 10569 Abschlüsse und im Jahre 1916 bereits 23 494. Im Monat Februar waren es schon 2555. Die Kriegsversicherung tritt bei über 3000 getöteten Kriegern in Kraft. In Danzig wurden im Jahre 1915 109 Versicherungsanträge angenommen. Im Jahre 1916 waren es 210 Anträge und im ersten Vierteljahr 1917 bereits 128 Anträge.

Der Vorsitzende empfahl, sich öfter dieser wirtschaftlichen Einrichtungen lebhaft zu bedienen. Man hoffe nach dem Kriege auch im Genossenschaftswesen einen großen Aufschwung zu nehmen. Man habe schon vor dem Kriege bestimmte Pläne gefaßt, deren Ausführung sofort nach dem Kriege in Angriff genommen werden sollte.

In den Aufsichtsrat wurden Lottenhauer und Wegner wieder- und Fluß, Hollmann und Sengstaed neugewählt.

Zur Stadtverordneten-Wahl.

Für wahre Freunde des deutschen Volkes bedurfte es nicht erst der revolutionären Umwälzung des politisch anscheinend in festerer Reaktion erstarnten Jarenreiches, um den unersetzlichen Wert der freien Betätigung der Bürger im Staat und Gemeinde zu erkennen. Der neue, mit der überwältigenden Mehrheit von 227 gegen nur 33 Stimmen auf nationalliberalen Antrag gefaßte Beschluß des Reichstags zeigt, wie sehr der Wille zum Selbstbestimmungsrecht des Volkes Allgemeingut geworden ist. Es war wohl auch nur in Danzig, wo sich leider noch so viele Dinge verzerrt spiegeln, möglich, daß der jetzige freisinnige Landtagsabgeordnete und Chefredakteur Dr. Herrmann schreiben konnte: Kein vernünftiger Liberaler will das Reichstagswahlrecht zur Gemeinde! In diesem Sinne haben aber die nach ihrer Meinung Angeklammerten alles getan, um Vertreter des großen sozialdemokratischen Teiles der Danziger Bürgerschaft von der Stadtverordnetenversammlung fernzuhalten. Besonders die Liberalen scheuten kein noch so fern ihre Ueberzeugung verstoßendes Mittel, um Sozialdemokraten an der Mitbestimmung über ihre kommunalen Geschicke zu hindern. Von einer Bezirkseinteilung, die jede Schaubude für Unnormitäten gieren würde, bis zu den absurdesten Wahlbündnissen blieb nichts ungetan, um die häßlichen Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts mit öffentlicher Abstimmung in dieser freien Handelsstadt noch zu verbösern. Dazu kam die Sitte, Ersatzwahlen außerhalb den alle zwei Jahre regelmäßig stattfindenden nicht vorzunehmen. Auf diese Weise fehlten kurz vor den im letzten Herbst durchgeführten Wahlen an den 63 Stadtverordneten fast schon zehn. Dieses Verfahren hat neuerdings zu einem aufreizend trassen Fall geführt. In der letzten Oktoberwoche 1916 fanden, trotz des Krieges, wieder in der üblichen Danziger Art diese Wahlen statt. Wieder standen alle bürgerlichen Parteien und Vereine, trotz des Burgfriedens, den Sozialdemokraten gegenüber. Für diese stimmten, trotz aller Schwierigkeiten, wesentlich mehr als bei der für sie besten Friedenwahl, fast 2000 wahlberechtigte Bürger! Trotzdem gelang es ihr nicht die Gewinnung eines einzigen Rathar sitzigen. Der bürgerliche Block hatte, obwohl seine Stimmenzahl nicht viel höher war, mit Hilfe der famosen Bezirksgeometrie noch einmal „gesiegt“. Doch fiel noch ein großer Wermutstropfen in den Freudenbecher. Im 2. Bezirk standen die Genossen Partei und Reimann dem bisherigen bürgerlichen Vertreter, dem christlichen Gewerkschaftssekretär Krause und dem neuvorgeschlagenen Mitgliede der konservativen Bürgerpartei Jost gegenüber. Für unsere Genossen wurden rund 500, für die vereinigten Gegner 800 Stimmen gezählt. Nun hatte sich in dem wichtigen Abstimmungsbezirk Halbe Mille — Feldstraße, der über 800 Wahlberechtigte umfaßt, das neuartige Wunder ereignet, daß dort überhaupt nicht gewählt war. Ohne Abstimmung schloß der Wahlvorstand die Wahlhandlung, die um 10 Uhr beginnen sollte aber nicht begonnen hatte, um 11 Uhr und hielt die Wähler durch ein Plakat fern, das ihnen mitteilte, daß die Wahl ausfalle! Erst gegen 5 Uhr nachmittags wurde die von niemand mehr erwartete Wahlhandlung begonnen. Auf den sozialdemokratischen Protest mußten sich die Stadtverordneten am 19. Dezember mit diesen wahrhaft großstädtischen Vorgängen beschäftigen. Man war sehr entrüstet, auch über die Protestler, und suchte den Sündenbock schließlich in dem Beisitzer des Wahlvorstandes, der gar nicht erschienen war und dadurch den Ausfall erzwungen haben sollte. Dieser ausgezeichnete Mitbürger hatte die ehrenvolle amtliche Einladung erst nach dem Wahltage von der Post abgeholt! Da bei dieser wunderlichen Wahl aber wohl alles auf dem Kopf stehen mußte, so fand dieser Pflichttreue noch wertvolle Unterstützung. Als Beisitzer sollte auch der Stadtdirektor a. D. Dr. Lenz mitwirken. Er erschien auch sogar schon gegen 10 Uhr vormittags im Wahllokal und verschwand wegen beruflicher Verhinderung bereits um 10 Uhr, also eine halbe Stunde vor Wahlbeginn, ohne auf den Vorsitzenden zu warten! So famos wurde dieser unannehmliche Wahlbott durchgeführt. In der Stadtverordnetenversammlung sagte man sogar erregt, ob die Kosten der Neuwahl denn nicht den Sündern aufgelegt werden könnten? Die Danziger Neuesten Nachrichten stellten sich sogar auf die Seite der getränkten Volksmajestät und schrieben am 23. Dezember einen besonderen Artikel, in dem die Verfündigung des bösen auch bei den Bürgerlichen nicht sonderlich beliebten Dr. Lenz nachdrücklich betont wurde. In der Stadtverordnetenversammlung fragte aber schon der konservative Führer Brungen, ob die Beisitzer wirklich die 10 000 Wähler wieder durch eine Neuwahl aufregen wollten? Seine Partei drohte die gerichtliche Aufsechtung einer etwaigen Ungültigkeitserklärung an. Trotzdem wurde schließlich doch mit 25 gegen 21 Stimmen — mit einer so kümmerlichen Zufallsmehrheit siegte das Recht — die Ungültigkeit der beiden bürgerlichen Mandate beschlossen.

Seit dem unvermeidlichen Beschluß ist schon mehr als ein Vierteljahr dahingegangen. Die wegen der Neuwahl besorgten Zentrums-Konservativen haben die Gerichte vorzichtshalber, sie waren sich wohl über die auch dort sichere Niederlage selber klar, nicht angerufen. Von der notwendigen Neuwahl ist

kleinen ihren Weg, bis sie hinter der Straßenbiegung den Birkenwäldchen den nachschauenden Blicken entschwinden. Still und sonnig träumt das Land. Im rötlich überhangenen Geißt der Birkenkronen spielt der Wind; die schwebenden Ästen sind in dauernder Bewegung. Finken jagen über den Weg. Sonnenstrahlen versenken sich im grünen Nadelwald einer Tannenhede. Umflogen schwebt weit her. Seine weichen Töne schmelzen in der linden Luft und gehen nicht ins Dübeln, bald wie zitterndes Sehen dein andächtiges Gemüth umflingt. Das Aufstehungswunder der Allmutter Natur durchzittert friedelichend dein schmerzgefülltes Herz.

Schwert und Herd

Der hiesige Unterausschuß für Kriegsinvalidenfürsorge veranstaltet an den beiden Osterfesttagen und auch noch am 10. und 11. April im großen Saale des Werkspeisehauses Vorstellungen des großen, von dem Schriftsteller Fr. Flamronnet verfaßten, fünfaktigen Filmmwerks Schwert und Herd. Die Auführungen dieser Menschenische im Weltkrieg erfolgten unter Leitung eines Ehrenauschusses, dem auch H. H. Berg und Madensen angehören. Die ersten Kräfte des königlichen Schauspielhauses in Berlin haben bei der Schaffung dieses bedeutenden Wertes mitgewirkt. Professor Hummel hat dazu eine besondere Musikbegleitung geschrieben. Die Danziger Vorstellungen werden dadurch besonders gewinnen, daß Alwin Henry, einer der besten Kräfte unseres Stadttheaters, den von keinem Geringeren als Ludwig Fulda verfaßten Prolog bei jeder Vorstellung sprechen wird. Opernsänger E. Man, der sich als Landsturmann in Danzig befindet, wird das Kaisergebet singen. Die Eintrittspreise sind so gestellt, daß auch Minderbemittelte das Werk sehen können. Der Besuch ist nicht bloß wegen des idealen Zweckes, sondern auch wegen der höchst wertvollen und seltenen Darbietungen sehr zu empfehlen. Wir verweisen auf die heutige Anzeige, die alles Nähere wegen des Beginns sowie Ausgestaltung der Vorstellungen und über die Preise sagt.

Symphonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters

Zu kriegswohlthätigen Zwecken hatte das Orchester des Stadttheaters, zusammenwirkend mit den Mitgliedern mehrerer Militärkapellen sowie heimischen und auswärtigen Künstlern, insgesamt 80 Kräften, am 31. März in der Sporthalle ein großes Symphonie-Konzert unter Leitung des Kapellmeisters W. W. Schwarz veranstaltet. Die Gesangsvorträge hatte die Kammerfängerin Elisabeth van Eudert übernommen. In künstlerischer Bedeutung stand das Konzert auf einer Höhe, die es zu einer bedeutenden Leistung gestaltete. Das Hörspiel zu Richard Wagners Meisterfänger von Nürnberg leitete das Programm in großzügiger Wiederholung ein. Ebenso aus einem Guß gelungen war am Schluß von Beethovens Symphonie Nr. 5 Opus 67. Kapellmeister Schwarz bewies wieder, musterfüllig gefolgt von dem großen Orchester, sein ausgezeichnetes Können. Leider wurde der musikalische Genuß etwas sehr durch die zu wichtige Wirkung beider Konzertsstücke beeinträchtigt. Für diesen Raum mochte der Tonkörper wohl etwas zu stark besetzt sein. Schimmernde Perlen ihrer bezaubernden Kunst bot Frau van Eudert in den Gesangsvorträgen. Sie sang Morgen, Ständchen und Cäcilie von Rich. Strauß, Schuberts Ave Maria, Der kleine Haushalt von Böwe und Humperdincks Wiegenlied. In wunderbarer Vollkommenheit wurden besonders Morgen und Ave Maria Meisterstücke musikalischen Genusses. In feinsten Anpassung begleitete das Orchester die Künstlerin bei allen Vorträgen. Weil der für den zweiten Teil in Aussicht genommene Flügel wegen besonderer Schwierigkeiten nicht zu erlangen gewesen war. So sehr die wohlthätige Absicht des Orchesters Anerkennung fordert, so verdient das Konzert als künstlerische Leistung weit höheres Lob.

Eine prächtige Antwort.

Unser Artikel Künstler und Öffentlichkeit Nr. 12 hat einen von uns besonders freudig begrüßten Widerhall gefunden. Das Nichtzutreten der hiesigen bürgerlichen Blätter für die am städtischen Theater beschäftigten Bühnenkünstler hatten wir mit den peinlichen Angriffen der Danziger Neuesten Nachrichten und der Danziger Zeitung gegen den Kgl. Kammerfänger Josef Schwarz verglichen. Natürlich nur aus feurig lodern dem Mangelgefühl hatten beide Zeitungen gegen den berühmten Sängers den nationalen Bannstrahl geschleudert, weil er auch den prachtvollen Prolog aus der Oper Bajazzo des italienischen Meisters Leoncavallo singen — wollte! Deshalb wurde er dem verehrlichen Publikum, auch nur aus lauterer Kunstbegeisterung, gleich noch als Russe denunziert. Unser Abwehrartikel hat nun einigen Danziger Seewehermännern, die an der Nordküste gegen England auf der Wacht stehen und treue Feldpostabonnenten der heimatischen Volkswacht sind, ausgezeichnet gefallen. Mit grimmigem Behagen haben sie, wie sie uns dringend mitzuteilen bitten, das „nationale“ Kunstwörter der braven Heimkrieger in den beiden fürchterlichen „Inselkrieger“ Blättern gelesen. Sie sandten uns zum Beweise, daß wir Wilde viel bessere Menschen sind, das sehr geschmackvolle Programm eines am 21. März von dem Musikkorps des Marine-Geschwaders veranstalteten Sinfonie- und Solitentonzerts. Darauf befindet sich außer dem angebotenen Prologe sogar noch ein Lied aus Leoncavallo's Bajazzo! Die Preise des Konzerts stiegen sich nach Chargen. Die Offiziere mußten 1.50 Mark und die Mannschaften 30 Pfennig zahlen. Niemand nahm jedoch an der Tondichtung des Meisters Anstoß. Alle Beteiligten, nicht am wenigsten die Offiziere, begeisterten sich in wahrhaft deutschem Kunstgenuß an den Werken deutscher und fremder Lieddichter. Um diese Ehrenrettung beneiden wir Leoncavallo fast. Muß man wählen zwischen dem fast im Angeficht des Feindes betätigten sinnigen Kunstverständnis unserer braven Seefahrer und

der kurzfristigen Beschränkung einiger Festungsdeutschen, die sich als Hüter nationaler Würde empfehlen und das genaue Gegenteil tun, so kann die Entscheidung nicht eine Sekunde zweifelhaft bleiben. Hiermit haben wir hoffentlich die Wünsche unserer Marinefreunde erfüllt, wenn wir auch, wegen des Burgfriedens, nicht das fertige Seebuch schreiben konnten, das sie aus nationalem Ehrgefühl gegen die häßlichen Uebergriffe jener Blätter forderten. Wir danken den Einsendern und ihren Kameraden bestens für ihre echtdeutsche Ehrenrettung der Kunst. Uns gewährt es besondere Genugtuung, ganz Ihren Standpunkt teilen zu können.

Arbeitergesang und Kritik.

Den am 25. Februar in der Ostra abgehaltenen Unterhaltungsabend unseres Arbeitergesangsvereins Sängergesang haben wir in der Nr. 9 gemüßigt. Wir beurteilten die Darbietungen selbstverständlich ohne Voreingenommenheit, doch nicht ohne gewisses Entgegenkommen. Durchweg loben konnten wir aber nicht. Nicht zuletzt im Interesse des künftigen Vereins zeigten wir auch die schwachen Stellen der Auswahl und Ausführung. Dabei unterließen wir jede kritische Schroffheit und sagten abschließend ausdrücklich, daß unsere Beurteilung nicht schmerzen, sondern bessernd anregen sollte. Trost haben wir uns nicht vor Mißverständnissen scheuen können. Ein uns vom Vereinsvorsitz übermittelte Bericht der am 21. März abgehaltenen Mitgliederversammlung hebt hervor, daß unsere Kritik unter den Sängern nicht wenig Mißfallen verursacht hat. Man hat gemeint, daß wir an die Leistungen von Arbeiterängern nicht zu hochwertige Maßstäbe anlegen dürften. Wir hätten berücksichtigen müssen, daß der Krieg gerade den Sängern schwere Hindernisse durch fortwährenden Wechsel in den Weg lege. Der Frauenchor befand sich, was von uns auch nicht genügend berücksichtigt sei, erst in der Entwicklung usw. Einige Bemängelungen, so haben wir zum Beispiel gegen die Wahl des Stingspiels kein Wort geschrieben, beruhen wohl auf etwas flüchtigem Studium unserer Arbeit. Wir wollen diese nicht in allen Einzelheiten auf die Richtigkeit der erhobenen Einwände durchprüfen. Schon deshalb nicht, weil niemand mehr kritisiert wird als der arme Kritiker. In aller Freundschaft wollen wir daher nur sagen, daß die Sänger keinen Grund zu irgend welcher Bestimmung haben. Nichts lag uns ferner, als von ihnen mehr zu fordern, als sie können. Sie sollen von sich aber auch nicht bescheidener denken, als begründet ist. Deshalb schrieben wir die offenen Worte, die wir der hohen Bedeutung des gutgeschulzten Männergesanges für unsere Bewegung schuldig waren. Niemand wünscht schneller als wir, daß Kunst und sozialistische Arbeiterbewegung immer inniger verbunden würden. Aus diesem Empfinden schreiben wir, ohne Nichtmögliches zu fordern, aber auch ohne unehrliche Beschönigung. So war unser Wille und wir hoffen unsere braven Sänger und ihren künftigen Leiter hierdurch befriedigt zu haben. Der Arbeiterfänger hat, nach des Tages Last und Mühe, eine viel schwerere Aufgabe als seine bürgerlichen Kollegen zu bewältigen. Was unsere Sänger und Sängertinnen im wahren Kulturdienst der Arbeiterklasse leisten, verdient daher an sich schon Anerkennung. Unser Arbeitergesangsverein Sängergesang beschließt in diesem Jahre sein 25-jähriges Wirken. Wir wünschen, daß er diesen Ehrentag in einer stattlichen Sängerrunde und gesanglich so gut wie wir es meinten, weil wir es von ihm schon mit Genuß gehört haben, begehen wird.

Bühnenkünstler und Bürgermeister.

Der von uns in den Nummern 10 und 12 eingehend behandelte, wir wollen einmal so sagen, moralische Konflikt zwischen unseren Bühnenkünstlern und dem Magistrat ist noch nicht gelöst. Genau genommen sind die Künstler nur indirekt beteiligt, weil Dr. Bail der Bürgerchaft im vorigen Jahre die Zulage machte, daß das Bühnenpersonal erstklassig gestellt werden sollte. Auf die peinliche Feststellung der Künstler, daß dies, im starken Widerspruch zu seiner Verpflichtung, nicht geschehen ist, antwortete er bisher nicht. Dabel beansprucht er in künstlerischen Fragen gar als Dichter ein berufenes Urteil. Er schrieb einst selbst als soziales Glaubensbekenntnis, in selbst für das Danziger Rathaus schwer begreiflicher Verleumdung der Kulturschnücker der Arbeitenden, den wunderbar vergerrten Streik. Nach kaum zweimaliger Aufführung starb das unglückliche Stück im Danziger Stadttheater den unrühmlichen Bühnenod. Doch nicht immer frönt die gelungene Leistung den Dichter. Echter Edel des Geistes kann auch unter wenig glücklichem Schaffen, frei von ehrgeizigem Dünkel, wohnen. Jedoch Danzigs liberaler Bürgermeister schweigt gegenüber den Künstlern, die trotz ihrer Abhängigkeit offen gegen ihn hervortreten mußten. Als Privatmann mag er sich mit dieser Lage abfinden, wie er will oder muß. Als Bürgermeister geht es jedoch nicht mehr um seine Privatfadye. Da ist offene Aussprache notwendige Pflicht, vor allem gegen die Bürgerchaft, weil er ihr sein Wort versprochen hat und sie die Erfüllung fordern muß. Doch auch die bürgerliche Presse, der Hort vornehmer und unabhängiger Kunstwürdigung, schweigt — mit ihm. Kritisch gefällt man sich gegen die Künstler in allwissender Scharfrichterei. Keine Rücksicht kennt man gegen das Jartgefühl einer Dame, die nach wenig glücklicher Auswahl, die doch kein gegen sie gerichteter Vorwurf sein kann, die Anforderungen eines Faches nicht in jeder Hinsicht erfüllt. Mit dem Bürgermeister aber schweigen diese tapferen Schildhalter der Öffentlichkeit in „großer, ernster Zeit“ gegen Künstlerchaft und Bürgerchaft! Die überzeugungsvolle Einsicht von der Notwendigkeit des schweigenden Schweigens erfüllt auch die gesamte Stadtverordnetenversammlung. Diejenigen ihrer darüweg bürgerlichen Mitglieder, die als Arbeiter tätig sind, klagen häufig über mangelnden Einfluß und fehlende Berücksichtigung. Soll aber etwa die freiwillige Aufschaltung selbst in so hoch bedeutungsvollen Fragen Ansehen und Macht verschaffen? Aber auch an die blickten Tore des äußerlich mit dem roten Banner geschmückten Danziger Rathauses klopf schon deutlich hörbar der neue Zeitgeist, der, wie der Reichskanzler dem deutschen Volke in eifer Aufwallung versicherte, „mit allem Eifer und Eifer aufzuräumen wird“.

8. städtische Volksvorstellung.

Die Stadtverwaltung ist leider nicht dazu zu bewegen, die Volksvorstellungen so vorzubereiten, wie es ihrem Zweck und ihrer inneren Bedeutung entspricht. Zwar ist für die am 1. April stattfindende Volksvorstellung dem Insrat des Magistrats sogar seit der energische Sach vorgebracht, daß sie nur für minderbemittelte Personen bestimmt ist. Das ist aber auch die einzige Neuerung, zu der man sich entschließen konnte. Geht es in diesem Riesentempo weiter, so wird vielleicht am Tage des 100jährigen Jubiläums der ersten Danziger Volksvorstellung eine wirklich zweckmäßige Art des Betriebes der Eintrittskarten erreicht sein. Nun sollen doch aber diese Vorstellungen durchaus nicht etwa eine lästige Konzession sein, der man sich mit Rücksicht auf die Leistungen der kleinen Steuerzahler für das Theater widerwillig erliegen kann. Mit der Einführung der Volksvorstellungen übernahm die Stadt die hohe Aufgabe, die wertvolle Bürgerschaft durch die künstlerische Macht der Bühne zu beeinflussen und kulturell zu heben. Ihr in würdiger Weise des Geistesfähige der Denker und Dichter zu vermitteln. In diesem Sinne müßte nicht bloß der Spielplan geformt werden, sondern auch die Regelung des Zutritts erfolgen. Für die siebente Vorstellung war für die innere Stadt die Neuerung gewählt, die Karten nur in den verstreut gelegenen Turnhallen Gertruden- und Rehrwiegengasse zu verkaufen. Bereits um 8 Uhr früh begann der Verkauf. In dem damals herrschenden Schneesturm mußten die andrängenden Käufer, mindestens in der Rehrwiegengasse, bis 8 Uhr im Freien ausharren. Trotz der Kälte wurde nur immer eine kleine Anzahl in den Verkaufsraum gelassen. Der Rest mußte weiter auf der Straße warten! Dabei war der Jubel noch nicht so groß, wie erwartet werden mußte, weil die meisten Kaufwilligen die neuen Abgabestellen in der Anzeige übersehen hatten oder nicht wußten, wo sie sich befanden! Der Magistrat hat diese unvergleichliche Behandlung der Kartenkäufer aber auch für diese Vorstellung beibehalten. Ausgerechnet von 8 Uhr früh wurden die Karten für die innere Stadt wieder nur in den beiden Turnhallen verkauft. Wir sind wiederholt gefragt worden, weshalb der Verkauf auch jetzt noch so früh beginnt — und aufhört —, wo doch mindestens alle der vielen in Werkstatt und Bureau Arbeitenden, die nicht Angehörige oder Bekannte, die sich für sie drängen lassen, besitzen, durch ihre Berufstätigkeit verhindert sind und somit dauernd vom Besuch der Volksvorstellungen ausgeschlossen bleiben. Bei dem früheren Verkauf durch Geschäfte erfuhren späterkommende Käufer wenigstens noch, daß es keine Karten mehr gab. Die Turnhallen werden jedoch nach Schluß des Schnellverkaufs einfach abgeschlossen. Nicht einmal ein Zettel an der Tür sagt dem Hoffenden, daß schon ausverkauft ist. So kann noch der Glaube entstehen, daß der Verkauf überhaupt nicht erfolgt ist. Soweit dieses unangenehme Verfahren überhaupt einen Sinn hat, will der Magistrat dadurch anscheinend die Zahl der Besucher beschränken. Die Karten erhalten eben nur die ganz Ortskundigen, die von der Existenz der verschwiegenen Gertruden- und Rehrwiegengasse wissen und um 8 Uhr früh antreten können. Gegenüber diesem rohen System der Beschränkung verdient unser Rat, die Karten durch Vermittlung der Angestellten- und Arbeiterorganisationen abzugeben, in jeder Hinsicht den Vorzug. Deshalb man sich im Rathaus so hartnäckig selbst auf dem Gebiete der künstlerischen Kultur gegen ihn verschließt, bleibt den besten Kennern der sonderbaren Danziger Neuorientierung unerfindlich. Oberbürgermeister Schölk mußte die Angestellten- und Arbeiterorganisationen doch zur Förderung der Kriegsanleihe zu finden. Und nun ist ihm gerade auf diesem Gebiet jedes Entgegenkommen an sie unmöglich! Auf ewige Zeiten wird die Erkenntnis von der Gleichberechtigung und der Notwendigkeit der Gleichachtung der Bürger aber auch nicht von diesem roten Hause und seinen Nachhabern ferngehalten werden können. Man gibt mit diesen Vorstellungen den Minderbemittelten durchaus nicht etwa herablassende Geschenke, für die sie gerührt danken müssen. Die schaffenden Bürger können mit vollem Recht gute und zweckmäßige Maßnahmen fordern.

Die neue Vorstellung bringt das Volksstück Der Meinetzbauer von Anzengruber. Es bleibt also bei der gemüßvollen Unterhaltungstendenz. Kein Werk sozialen Fühlens, keins von Hauptmann, Sudermann, Ibsen usw. gibt man dem Volke. Selbst Schillers Tell bleibt ihm fern.

Abonniert die Volkswacht!

Der dauernde Bezug im Abonnement für 35 Pfennig den Monat oder 1,00 Mark das Quartal bei freier Zustellung ins Haus ist vorteilhafter als der Kauf der einzelnen Nummer
: : : für 10 Pfennig : : :

Ausschneiden! Ausschneiden!

Bestellschein

Bitte recht deutlich schreiben und vollständig ausfüllen!

Ich bestelle hiermit die Volkswacht
frei ins Haus vom ten 191
für die Monate das Quartal
Vor- und Zuname
Beruf
Wohnung
und bezahle für { — Monate Pf.
 { — Quartal Mk.
Bezugspreis: für 1 Monat 35 Pf., für 1 Quartal 1,00 Mk.
Abzugeben in der Geschäftsstelle
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Der zeit- und zukunftslosen Förderung: Die Punkt dem Volke, werden die Vorstellungen in ihrer jetzigen Form leider nicht gerecht.

Lasset die Jugend zu uns kommen

Recht ist die Zeit der Schulentlassungen. Schwerer Ernst raubte in den letzten Jahren den Buben und Mädchen schon ein gut Stück Jugendlust. Nun sollen sie noch höhere Bürde auf sich nehmen. Denn die Proletarierkinder müssen gleich hinaus zum Arbeiten und Schaffen. Viele können jetzt nicht in ein geordnetes Lehrverhältnis eintreten: erwerben ist die Lösung! Der Krieg, der sozial kräftige Mannheit und strengende Jugend verschlungen hat, zwingt auch den Halbkräftigen kein Nach auf. Um so mehr ist's Pflicht der Erwachlenen, des jungen Nachwuchses sich anzunehmen! Die Buben und Mädchen kommen aus einem Schulbetrieb, der durch die Ungunst der Zeit vielfach nicht bieten konnte, was wohl die Lehrer selbst geben hätten. Die Sorgen und Kummer, die dieser schweren Zeit schmälerten die natürliche Fürsorge in der Familie. Vahl und daher eifriger dahin wirken, daß kameradschaftliche Hilfe, eine fördernde Geselligkeit unter freundlicher Leitung durch erfahrene Vettere, das Versäumnis gutmacht.

Unsere „Arbeiterjugend“ hat diese Aufgabe übernommen. Bei ihr ist jeder Schulentlassene willkommen! Im Jugendheim finden regelmäßige Zusammenkünfte statt, die frohen Spielen und eifriger Belehrung gewidmet sind. Wanderungen in der wunderbar schönen Umgegend Danzigs lernen die Heimat kennen und vermitteln herrlichen Naturgenuss. Eine vorzüglich Zeitschrift wird gewährt, die zum Gemüt der Jugend spricht, ihr Herz froh und ihren Willen stark macht.

Einmal muß es doch werden, daß ein Geschlecht heranwächst, das aufrecht durch's Leben geht und von dem jeder eine Persönlichkeit ist, die fremde Ueberzeugung achtet, weil sie sich selbst achten kann.

Lasset die Jugend zu uns kommen!

Deutsche Frauen und Mädchen!

Das Vaterland ruft.

Die Kriegsamtsstelle Danzig veröffentlicht folgenden Aufruf:

Das ganze deutsche Volk kämpft um seine Existenz. Die Männer opfern für's Vaterland Leben und Gesundheit vor dem Feinde.

Hinter der Front dienen Mann und Frau in rastloser Arbeit unter der Losung Durchhalten und Siegen.

In erster Linie muß für die Ernährung des Volkes gesorgt werden, und dazu heißt es in der Landwirtschaft mitarbeiten.

Tausende von Landarbeitern sind eingezogen und stehen im Felde. Die Frauen müssen in die freien Stellen eintreten und Fruchtschaffen helfen.

Jede Frau, jedes Mädchen, das mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraut ist, wird gebraucht.

Stellt auch für die Landwirtschaft zur Verfügung, das ist jetzt erste vaterländische Pflicht. Wendet auch sofort bei den Hilfsdienststellen oder bei den Landarbeitern angefallenen Kriegswirtschaftsämtern. Es wird der persönliche Tagelohn gezahlt, und außerdem freie Verpflegung oder ein entsprechendes Deputat gewährt.

Keine Frau und kein Mädchen, welche landwirtschaftliche Arbeiten verricht, bleibe zurück, damit der Landwirtschaft zur Frühjahrspflanzung noch rechtzeitig die nötigen weiblichen Arbeitskräfte zugeführt werden können.

Alle auf dem Lande wohnenden weiblichen Personen, die sich bisher der Landarbeit fern hielten, werden im eigenen Interesse auf nachstehende Erlasse des stellvertretenden Generalkommandos vom 16. 10. 18. (Reg. Amtsblatt Danzig, Seite 265) und 15. 5. 17. E. Nr. 241 aufmerksam gemacht, die besagen, daß „jede nach ihrem Stand, ihren Kräften und Fähigkeiten geeignete Person männlichen oder weiblichen Geschlechts, soweit es ihre eigenen Verhältnisse zulassen, verpflichtet ist, auf Erfordern bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten im Bezirke ihres Wohnortes, ihres Aufenthaltsortes oder in einem benachbarten Gemeinde- oder Ortsbezirke mitzuwirken und die ihr übertragene Arbeit mit Sorgfalt zu erledigen.“

Falls die Witterungsverhältnisse es erfordern, ist die Heranziehung zur Arbeit auch an Sonntagen statthaft. Jede Arbeitsverweigerung wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Als Arbeitsverweigerung gilt auch grobe Säumigkeit bei der Arbeit.

Die Hausangestellten und der Hilfsdienst

Auch an die Hausangestellten, die vom Lande sind, ergeht heute der Ruf der Kriegsamtsstelle: „Hinweg auf das Land!“

Keinem Zwange, sondern ihrer freiwilligen Entscheidung soll jede Frau, jedes Mädchen hierbei folgen. Viele werden ja diesem Ruf schon gefolgt sein, um, wie gesagt wird, der besseren Beförderung entgegenzueilen. Trotzdem darf keine Hausangestellte diesen Schritt blindlings tun.

Unsere Hausangestellten, die da wissen, wie sie unter dem Gesetz der „Gesindeordnungen“ manches zu ertragen haben, müssen auch jetzt darauf vorbereitet sein, daß man ihr „freiwilliges Gehen auf das Land“

nicht etwa damit belohnt, daß man einfach erklärt: „Hinweg mit der Gesindeordnung, die Hausangestellten, die sich freiwillig dieser Landarbeit wieder unterziehen, sollen etwas besser gestellt werden.“ O nein, unsere Hausangestellten in der Stadt sowohl wie die auf dem Lande stehen unter dem Gesetz der Gesindeordnungen, darum müssen sie auch in dieser Zeit sich zu schützen suchen. Die Frauen und Mädchen, die schon ihrer Organisation angehören, wissen, wo sie diesen Schutz finden, anders diejenigen, die den Weg zur Organisation noch nicht fanden. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß bei den Vermietungen wohl Obacht gegeben werden muß, daß das Arbeitsverhältnis nicht auf zu lange Zeit abgeschlossen wird.

Unsere Hausangestellten, die durch die städtischen Verhältnisse nur auf vier Wochen in den Haushaltungen gebunden

sind, werden erkannt sein, daß man ihnen wieder halbjährig und wo es besonders knapp an Arbeitskräften ist, jährlich Kontrolle anbietet. Deshalb wird es gut sein, immer vorüber alles die nötigen Erkundigungen einzuziehen, damit Enttäuschungen nachher nicht allzugroß bei Antritt der Stellung auf dem Lande sind. Denn nicht allein die bessere Kost kommt in Frage, nein die Lohn- und Schlafverhältnisse und wie mehr. Beschwerdestellen wie die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter dem Hilfsdienstgesetz stehen, haben diese Hausangestellten nicht. Deshalb ergeht auch an sie der Ruf und die, welche es ihnen sagen sollen: Wendet euch an den Verband, der auch in allen diesen Angelegenheiten Rat und Unterstützung bereitwillig erteilt. Gleichviel ob sie die Stellung schon getreten haben oder erst antreten wollen. Jede Hausangestellte kann sich vertrauensvoll in dieser Sache an uns wenden. Adresse des Verbandes ist: Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Berlin SO. 16, Engelkeufer 21, 3 Tr.

Die Aufnahme von Mitgliedern vermittelt und Auskunft erteilt Frau Käthe Leu, Grenadiergasse 33.

Meldungen für den vaterländischen Hilfsdienst.

Bezüglich der Meldungen von Hilfsdienstpflichtigen an die Kriegsamtsstelle Danzig folgendes bekannt:

Sämtliche Meldungen von Hilfsdienstpflichtigen zur Beschäftigung im Inlande (mit Ausnahme der für die Landwirtschaft bestimmten Arbeitskräfte), und zwar sowohl der Hausarbeiter als auch der Kopparbeiter, sind, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, an die zuständigen Hilfsdienstmeldestellen zu richten; die sich in folgenden Städten des Korpsbezirks befinden: Berent, Bütow, Culmbach, Czarnikau, Danzig, Dirschau, Graudenz, Karthaus, Königsberg, Marienwerder, Neustadt, Pr. Stargard, Pommern, Rummelsburg, Schlawa, Schlochau, Schwetz, Stolp, Strasburg, Thorn, Tuchel, Zoppot.

Die für die Landwirtschaft bestimmten Meldungen sind nur beim Stellennachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen in Danzig, Sandgrube 33, anzubringen.

Für Meldungen für das besetzte Gebiet (Polenland) ist nur die Kriegsamtsstelle Danzig (Abteilung I) zuständig.

Meldungen von Frauen, die bekanntlich mit dem Hilfsdienstgesetz unterstehen, sind an die Frauenarbeitsmeldestellen zu richten; wo solche nicht bestehen, an die Hilfsdienstmeldestellen.

Schickt den im Felde Stehenden die Volkswacht!

Der Bezugspreis beträgt monatlich 35 Pfennig und ist voraus zu entrichten. Unsere Geschäftsstelle Paradiesgasse nimmt Bestellungen, auch für Feldpostlieferung des Wahrjacob und andere Schriften, entgegen.

Beachtenswertes Angebot

zum Osterfest und zu den Einsegnungen!

Leinen-Unterröcke hellgestr. u. leinenfarbig	3.95	3.25	4
Stickerei-Unterröcke	3.25	1.95	4
Stickerei-Unterröcke mit breitem Volant	5.25	3.95	4
Stickerei-Unterröcke mit Banddurchzug	3.45	2.25	4
Fantasie-Damenhemden gute Ware	11.25	9.95	4
Achselfluss-Damenhemden	8.95	4	
Knie-Beinkleid mit Stickerei-Volant	2.95	2.35	4
Prinzess-Röcke gute Stoffe	11.25	4	
Schlüpfer alle Farben	5.45	2.95	4
Damen-Frack-Korsette	4.95	4.25	4

Kinder-Kittel helle Farben 2.75 2.25 1.25

Damen-Strümpfe, deutsch lang	Paar	2.75	2.45	4		
Damen-Strümpfe, extra lang	Paar	1.95	1.98	4		
Damen-Strümpfe, Flor.	Paar	2.25	1.95	4		
Damen-Strümpfe, Seidenflor.	Paar	2.75	2.25	4		
Damen-Handtaschen	Stück	3.95	2.45	1.75	1.45	4
Elegante Damen-Handtaschen	Stück	7.50	5.45	4.25	3.95	4
Einschnur-Taschentücher	Stück	95	75	50	5	
Glas-Handschuhe, schwarz, weiss	Paar	2.25	1.45	95	5	
Portemonnaies, Broschen, Ketten, Haargarnituren						
Herrn-Vigognesocken	Paar	1.45	1.25	95	5	
Herrn-Socken, gerwirnt	Paar	1.75	1.45	95	5	
Herrn-Schweißsocken	Paar	1.85	1.25	4		
Herrn-Mäxkasocken	Paar	95	75	45	5	
Herrn-Socken, bunte	Paar	95	85	65	30	5
Elegante Herren-Socken, Flor und Seide	Paar	1.95	1.25	4		

Kinder-Schürzen farbig mit Bindeband	4.75	3.25	4	
Kinder-Schürzen farbig Satin	5.75	4.95	4	
Knaben-Schürzen mit Tasche	2.25	1.95	4	
Haus-Schürzen gute Stoffe	4.75	3.25	2.65	4
Blusen-Schürzen	8.95	4.75	4	
Blusen-Schürzen extra breit	11.25	9.85	4	
Tee-Schürzen	2.25	1.95	1.25	4
Wiener-Schürzen	5.85	3.25	2.95	4
Matrosen-Mützen	2.65	2.10	1.75	4
Prinz-Heinrich-Mützen	3.45	2.25	1.75	4
Herrn-Schild-Mützen	3.45	2.95	4	

In der **Putz-Spezial-Abteilung** Lawendelgasse 4

Garnierte Hüte · Sporthüte · Kinderhüte in grosser Auswahl enorm preiswert. **Modernisierungen** sehr billig

Goldsteins **Moos-Röschen** Piquet . . Stück 28³

Herrn - Artikel in riesiger Auswahl

Verlangen Sie **Rabattmarken!**

Damen-Blusen aparte Neuheiten in Seide, Voile, Satin usw.

Julius Goldstein Junkergasse 2, 3, 4 Lawendelgasse 4. **Markttaschen** in allen Preislagen.

...trafte geforderte Erhöhung des Zuschlags zur Kriegsteuernsteuer von 20 auf 33 1/2 Prozent hat er mit seiner Partei abgelehnt.

Diese 1270 Millionen neuen Steuern sind kein politisches Mittel. Vom Standpunkt des Volkes wird darüber und über die Parteien, die der Belastung des Verkehrs und der Industrie zugestimmt haben, noch sehr ernst geredet werden müssen. Die Sozialdemokratie hat, getreu ihren Grundgedanken und unbeschadet ihrer Stellung zur Landesverteidigung, die Besteuerung abgelehnt. Nicht einen Augenblick hat sie an ihrer Stellungnahme geswankt. In Verfolgung dieser Haltung stimmte sie auch gegen den Notetat. — Wo sind nun die kurzfristigen Behauptungen der Opposition geblieben, daß die Sozialdemokratie, weil sie den Söhnen des Volkes die Verteidigungsmittel durch die Kredite bewilligte, bedingungslos für alle Steuern stimmen müsse? Die Ablehnung des Notetats erinnert lebhaft an den 24. März 1916. An diesem Tage erfolgte bei der Abstimmung über den Notetat unter Führung des Abg. Hasse der Treu- und Disziplinbruch der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der die öffentliche Spaltung der Partei einleitete. Die Arbeitsgemeinschaft stimmte auch in der dritten Lesung, entgegen ihrer langjährigen Haltung, mit der Sozialdemokratie für die direkte Kriegsteuern. Dabei sah sie im Vorjahre angelegentlich deshalb eine große Sünde darin, weil die Bewilligung der Zustimmung für den Krieg bedeuten sollte. Angesichts dieser Wandlung muß man wieder fragen, weshalb die große Aktion gegen die Eingkeit der Arbeiterpartei überhaupt notwendig war.

Polnische Neuorientierung

Während die Reichsregierung der allgemeinen Neuorientierung, besonders der längst brennenden preußischen Wahlrechtsfrage erst nach dem Kriege näher treten will, hat sie sich neuerdings in ihrer Stellung zu dem ostmärkischen Problem der Polenfrage anders entschlossen. Am 28. März gab es in Preußens dunkelster Kammer, dem Herrenhause, wieder einen großen Tag. Doch klang es anders, als an jenem 14. März, am dem Graf Nord von Wartenberg sogar den Umstürzern im — man denke — Abgeordnetenhause grimmer Fehde kündete. Oberbürgermeister Wermuth-Berlin, Staatssekretär a. D. Dernburg, Professor Löning-Halle, auch Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein und Fürst Hagen wiesen die dumpf reaktionären Angriffe gegen die Volksvertretungen zurück. Graf von Noon hieb aber wieder in die alte Herrenkerbe. Er wollte die „Reform“ des Reichstagswahlrechts. Schwere Sorge machte ihm jedoch die neue Entwicklung der polnischen Frage. Er forderte, daß die Gründung des neuen polnischen Staates schleunigst zurück revidiert werden und das Königreich Polen „nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und politisch ganz fest in unserer Hand bleiben“ solle. Der alte polnische Fürst Radziwill dankte für die Errichtung des neuen Polenstaates. Darauf teilte der Vizepräsident des Staatsministeriums von Breitenbach mit, daß die Regierung schon jetzt Maßnahmen zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes und von Erleichterungen für den Gebrauch der polnischen Sprache erwäge. Zwei „liberale“ Oberbürgermeister Dr. Wilms-Jölen und Kurt-Königsberg blies es überlassen, ihr Mißfallen gegen diese verständige Erklärung zu äußern. Ebenso ungehalten dürften die Ostmark-Rebellen des westpreußischen Provinzial-Landtages, die von Oberbürgermeister Scholz-Danzig und dem Kammerherrn von Oldenburg-Sanaußau brüderlich geführt wurden, empfunden haben. Schließlich läßt sich der Fortschritt durch solche Gesten am wenigsten verhindern. Die freiheitliche Lösung der Polenfrage ist eine Notwendigkeit, die je eher um so besser erfüllt wird.

Wortstoß gegen den Verfassungsausschuß

Der „nationalliberale“ Abgeordnete Fuhrmann droht in den alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ die schönste Opposition gegen eine Neuorientierung an. Er schreibt: „Ein Versuch irgend welcher Reichstagsmehrheit, Preußen im Kriege irgend eine Art der Lösung aufzuzwingen, würde Kämpfe auslösen, deren Ausgang nicht abzusehen wäre. Dessen möge der neue Verfassungsausschuß des Reichstages bei seinen Beratungen eingedenk sein. Was aber den manchen Theoretikern und der Sozialdemokratie erwünschten Umsturz der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Reiches betrifft, so wird nächste Ueberlegung bald von jedem ernsthaften Versuch, die Kronrechte des demokratischen Parlamentsanspruch zu opfern, absehen. Das deutsche Volk kann sich keinen Hohenzollern denken, der sich und sein Recht sowie das Recht seiner Erben unter die Parlamentsfahne stellen würde. Es kann sich auch keinen Kanzler vorstellen, der solche Abtänkung seinem kaiserlichen Herrn empfehlen würde.“

Diese Auslassungen könnten ebenso gut der Feder eines konservativen Redakteurs entsprossen sein; Herr Fuhrmann hält sich trotz alledem aber immer noch für nationalliberal. Mittlerweile wird auch bekannt, daß es in der nationalliberalen Reichstagsfraktion über den Verfassungsantrag zu heftigen Kämpfen gekommen ist, aus welchen die Richtung Streßmann als Sieger hervorging. Ein Berliner Mittagsblatt behauptet überdies, zu wissen, daß der Abg. Bassermann, der durch Krankheit der parlamentarischen Tätigkeit vorläufig fernbleiben muß, dem Abg. Streßmann telegraphisch seine Zustimmung zur Haltung der Reichstagsfraktion ausgesprochen hat und besonders die Durchführung der preußischen Wahlreform als das Gebot der Stunde bezeichnete.

Ein Flamenprotest an den Reichskanzler

Die Konstituierung des Rates von Flandern und der Empfang einer Abordnung desselben durch den Reichskanzler hat einen Protest an den Reichskanzler zur Folge gehabt. Wie Wolff meldet, stehen hinter diesem Protest „ungefähr die nämlichen Kreise, die im Frühjahr 1916 mit einer Eingabe an den belgischen Generalgouverneur die Flamenisierung der Universität Gent zum Scheitern zu bringen suchten“. Die Unterzeichner, größtenteils Parlamentarier und Bürgermeister, suchten die Bedeutung des Rates von Flandern zu verkleinern, das Programm der Verwaltungstrennung als rein deutsche Sache hinzustellen, deren Durchführung überdies gegen die Haager Konvention verstoße.“

Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Dämonengeborenen

Zuschlag für Kriegsveteranen.

Ein von allen Parteien gemeinsom eingebrachter Antrag zum Reichstag fordert eine außerordentliche Zuwendung an diejenigen Veteranen von 1870/71, die den Ehrensold von jährlich 180 Mk. empfangen.

Aufhebung der Freizügigkeit.

Das bayerische Kriegsministerium hat eine Verordnung erlassen, nach der nicht kriegsdienstpflichtige Personen bis auf weiteres nicht in Gewerbebetrieben oder als häusliche Dienstboten in Beschäftigung genommen werden dürfen, wenn sie in den vorausgegangenen zwölf Monaten nicht wenigstens sechs Wochen in der Landwirtschaft tätig gewesen sind. Unter gleicher Voraussetzung müssen die schon Beschäftigten am 15. April entlassen werden.

Praktisch läuft diese Verordnung, die rechtlich nicht gestützt werden kann, auf eine Beseitigung der Freizügigkeit weiblicher Dienstboten hinaus.

— Landtagsabgeordneter Imbusch gefallen. Der Centrumsabgeordnete für Nachen-Gand, Gewerkschaftsleiter Hermann Imbusch, ist, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, am 7. Dezember 1914 auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen. Bisher wurde angenommen, Imbusch sei in Gefangenschaft geraten.

Ministersturz im Reichstagsaal.

In Wien spielt zurzeit ein aufsehenerregender Prozeß gegen den früheren Präsidenten der Allgemeinen Depositenbank Dr. Kranz und den Leiter der Wohnabteilung dieser Bank, Dr. Freund, wegen umfangreichen Kriegswuchers. Als Zeugen wurden auch der österreichische Kriegsminister, Generaloberst von Krobatin, der Justizminister Freiherr von Schenk und der Handelsminister von Spilmüller benannt und geladen. Sie sollten ein wichtiges Protokoll unzulässig geändert haben. Vor ihrer Vernehmung gaben der Kriegs- und der Justizminister ihre Ämter an den Kaiser zurück. Wie sich der Handelsminister entscheidet, ist noch nicht bekannt. Der Vorfall erregt selbstverständlich riesiges Aufsehen.

Wien, 4. April. Im Prozeß Kranz und Genossen wurde heute vormittag das Urteil gefällt. Kranz wurde zu neun Monaten strengem Arrest und 20 000 Kronen Geldstrafe, im Kleinbringungsfall zu weiteren vier Monaten verurteilt, Freund zu neun Monaten und 15 000 Kronen, eventuell weiteren vier Monaten, Hubel zu drei Monaten und 10 000 Kronen, eventuell weiteren drei Monaten und Seelig zu sechs Monaten und 20 000 Kronen, eventuell weiteren vier Monaten. Gegen die Angeklagten Perleberger und Schwarzwald wurde das Verfahren ausgeschrieben.

Das neue Ministerium in Schweden

Stockholm, 30. März. Die Ministerkrise ist behoben. Das neue Ministerium um steht sich folgendermaßen zusammen: Präsidium Swarc, Außenminister Admiral Lindman, Justiz Stenberg, der im Ministerium Hammarskjöld Minister ohne Portefeuille war, Krieg Oberst Åkerman (Abgeordneter), Marine das Mitglied der ersten Kammer, Fregattenkapitän Hans Ericson, Inneres von Sjöström, wie im Ministerium Hammarskjöld, Finanzen der frühere Oberrechnungsrat Carlsson, Unterricht Landeshaupmann Hammarström, Landwirtschaft Vizepräsident des Volksernährungsausschusses Dahlberg, Minister ohne Portefeuille Expeditionschef Ericsson und Regierungsrat Falk.

Die bisherige Neutralitätspolitik wird Schweden nach dieser Zusammensetzung der Regierung beibehalten.

Englische Frauen sollen ins Ministerium kommen

London, 30. März. „Daily News“ melden, daß gestern abend eine große Abordnung von Frauenrechtlerinnen bei Lloyd George vorsprach. Lloyd George sagte, die Wahlreformbill sei sofort nach der Annahme des Kommissionsberichts im Unterhause in Angriff genommen worden. Die Frage, ob das Frauenwahlrecht in die Bill aufzunehmen sei, werde dem Unterhause überlassen bleiben, aber die Mehrheit der Regierung sei dafür. Er zweifle nicht, daß eine überwältigende Mehrheit im Unterhause ebenfalls sich dafür entscheiden werde. Lloyd George fügte hinzu, er sei sicher, daß der Krieg zu der Ueberzeugung führen werde, daß den Frauen eine vollständige Gleichberechtigung in der Besorgung der Regierungsgeschäfte einzuräumen sei. Er glaube bestimmt, daß sie, wenn sie zu den Regierungsgeschäften zugelassen sind, dazu beitragen, den Frieden unter den Völkern zu sichern und eine Wiederholung des jetzigen, bedauerlichen Krieges zu verhindern.

Sozialistischer Vizepräsident in Frankreich

Bern, 31. März. Die französische Kammer hat mit 298 Stimmen den Sozialisten Groussier gegen den Linksrepublikaner Beauregard anstelle Diolettes zum Vizepräsidenten gewählt.

Die russische Umwälzung.

Viktor Adler über Revolution und Frieden.

In einer großen Versammlung in Wien sprach Viktor Adler, der Führer der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, über die russische Revolution. Die Ausführungen Adlers spielten in dem Saal, daß jetzt eine günstige Situation für die Staatsmänner der Mittelmächte geschaffen sei, die Friedensbestrebungen wieder aufzunehmen und zu erfolgreichem Ende zu führen. Seine Worte fanden in der Riesensammlung, die an die größte Demonstration der Friedenszeit erinnerte, begeisterten Widerhall.

Ein Sozialdemokrat

Leiter der finnischen Regierung.

Die Frage der Teilnahme der finnischen Sozialdemokraten an der Regierung ist soeben entschieden worden. Es ist eine Koalitionsregierung aus sechs Sozialdemokraten und sechs Bürgerlichen gebildet worden. An der Spitze der Regierung steht der Sozialdemokrat und frühere Vorgesetzte des Landtages, Tokoi, der auch Leiter des Gewerkschaftsbundes ist.

In Finnland versüßt die Sozialdemokratie in der gesetzgebenden Körperschaft über die Mehrheit der Abgeordneten, unter denen sich auch weibliche Vertreter befinden.

Förderung der Friedensbestrebungen.

Kopenhagen „Socialdemokraten“ erwähnt die von England verbreitete Meldung über einen angeblich beabsichtigten deutschen Offensivvorstoß an der Nordostfront gegen Petersburg und führt dazu aus:

„Ueber die Absicht dieser Meldungen kann man sich nicht täuschen. Rußland soll zu wildem Deutchenhoh aufgebracht werden. Sie sind darauf berechnel, den Mut in England, Frankreich und Italien aufrechtzuerhalten und die Neutralen zur handelspolitischen Nachgiebigkeit gegenüber England einzuschleichen. Rußland und die russische Revolution brauchen den Frieden wegen der freien, russigen Entwicklung: Aber das chauvinistisch-imperialistische England, das England Northcliffe, nicht das englische Volk, will noch einen längeren Krieg, um zu versuchen, ob es doch noch gelingen sollte, den unangenehmen deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu vernichten und ihn für lange Zeit lahm zu legen.“

„Socialdemokraten“ enthält ferner einen längeren Leitartikel, worin er betont, daß „gerade jetzt“ der Zeitpunkt zur Einleitung von Friedensverhandlungen sehr geeignet sei. Es heißt darin u. a.: „Wer jetzt seine Stimme erhebt, um das weitere abschauliche und empörende Blutvergießen zu verhindern, der wird der Sympathie der ganzen Welt sicher sein. Es ist wohl möglich, daß von einigen Regierungen noch eine höhnische Abweisung folgen würde — aus den Völkern wird ein millionenfacher Zustimmung zum Frieden rufen, und er wird allen Widerstand durchdringen. Es gibt keinen denkenden Menschen, der nicht beim Gedanken der Blutschreien der Frühjahrsoffensive erzittert. Ob Freund oder Feind, bei allen wird ein Friedensruf Widerhall finden.“

Friedensstimmen

Kopenhagen, 28. März. „Berlingste Tidende“ meldet aus Haparanda: Mitsutow gewährte dem Petersburger „Dien“ ein Interview über die Stellung des neuen Rußland zum Kriege. Rußlands Abmachungen mit den Ententevägten, so erkläre der Minister, betreffen nur rein militärische Punkte. Ueber die Kriegsziele äußerte sich Mitsutow sehr dunkel. Er betonte, daß die Befreiung der kleinen Völkerschaften Oesterreichs und die Lösung der türkischen Frage zugunsten Rußlands in den Kriegsziele einbezogen seien, aber seine Bemerkungen waren doch im grohen und anzen sehr zurückhaltend.

Der „Dien“ schreibt da, in einem Leitartikel über die Kriegsziele, das Gebete von der Vernichtung des deutschen Militarismus müsse verkommen. Es genüge für Rußland, ehrenvolle Friedensbedingungen zu erhalten. „Der Krieg unter Hungerqualen darf nicht fortgesetzt werden. Er stürzte die alte Regierung und kann die neue stürzen. Ein ehrlicher Frieden, der uns die friedlich Entwicklung und den Genuß unserer von der Revolution verlehnen Güter ermöglicht, ist unser Kriegsziel. Diese Ansichten müssen nun den Deutschen vorgetragen werden.“

Für den Frieden — gegen die Reaktion

Stockholm, 30. März. Die Leiter des sozialistischen Arbeiterrates, die sich bekanntlich der provisorischen Regierung angeschlossen, hielten im Katharinenaal des Laurischen Palais eine Versammlung ab, worin beraten wurde, wie der übermächtige Wachstums des neuen kriegsfeindlichen Zentralkomitees der Arbeiterschaft abzuwehren sei. Da die neue Partei unter Boshewitsch die gesamte Arbeiterschaft infolge der intensiven Friedensarbeit einzuschließen drohte, beschloß der Arbeiterrat, sich der Stimme des Volkes zu fügen und ebenfalls ein Manifest anzufertigen, worin die Befreiung der Völker vom Joche der Autokratie gefordert wird. Die Verbrüderung der kriegsführenden Völker wird als unumgänglich notwendig zum Abschluß des Menschenschlächters bezeichnet, aber der Arbeiterratschluß will die Waffen nicht aus der Hand legen und verlangt, daß Deutschland die gleiche Regierungsform einführt, wie sie jetzt in Rußland besteht. Der Aufruf ist von Tschetche, Kobleff und anderen Anhängern unterzeichnet.

Der Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten Revols nahm einstimmig einen Beschluß an, daß die Arbeiter und Soldaten die Waffen nicht niederlegen werden, ehe nicht der deutsche Militarismus zerbrochen ist.

Der Volkssteg und die russischen Kriegsgefangenen

Kopenhagen, 28. März. Das hiesige russische Hilfskomitee für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und Oesterreich erhielt folgendes Telegramm des Hauptkontors in Moskau: „Alle Schritte, die von der alten Regierung getan wurden, sind erledigt. Die Hilfsarbeit für Kriegsgefangene wird unterstützt werden. Gebt den Kriegsgefangenen die Nachricht, daß Rußland eine neue Regierung erhielt, daß jetzt viel mehr für sie geschehen wird, sagt ihnen, daß das Volk gesiegt hat.“

Neues Leben im ganzen Reiche

Der Petersburger Arbeiterrat gewann, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, einen bedeutenden Machtzuwachs infolge des Anschlusses sämtlicher Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten, die jetzt der provisorischen Regierung den Gehorsam verweigern. Den Anlaß zu dieser Losagung von der Regierung gab das Verbot des Kriegsministers, sozialistische Aufrufe an die Front zu befördern.

Die gemischten Arbeiter- und Soldatenkomitees beschloffen, einen Sonderausschuß zur engeren Fühlungnahme mit der provisorischen Regierung zu ernennen.

Die konfessionellen Schranien im Heere niedergelegt

Amsterdam, 2. März. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg: Der Kriegsminister hat bekannt gegeben, daß alle konfessionellen Sonderbestimmungen in der Armee abgeschafft sind. Es können in Zukunft auch Personen, die nicht zur griechisch-orthodoxen Kirche gehören, zu Offizieren befördert werden und die Militärschulen besuchen. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind nur Personen deutscher Abstammung, die nach dem ersten Januar 1880 naturalisiert wurden.

Beidmet die sechte Art. 90. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Kriegswirtschaft

Einführung der Landbesitzern

Der Präsident des Kriegsamts wendet sich an die Landwirtschaft mit folgendem Aufruf:

Im Einklang mit dem preussischen Staatsminister für Volksernährung, Ernährung Angelegenheiten, wendet sich an, daß die Kriegswirtschaftsämter sich sofort mit den ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung setzen, um in weitestem Maße die Landbevölkerung in allen Teilen des Landes auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuwirken, in der sich die städtische Bevölkerung und die der Industrie, besonders der Rüstungsindustrie, befindet. Die Kriegswirtschaftsstellen müssen durch ihre landwirtschaftlichen Abteilungen und andere geeignete Personengruppen jedes Hindernis beseitigen, das die Landbevölkerung zu schmerzlichen Erfahrungen machen könnte. Es nützt nichts, wenn schriftliche Anordnungen erlassen werden, auch größere Versammlungen allein haben keinen Zweck; nur das von Mund zu Mund gesprochene Wort kann hier helfen. Lehrer und Geistliche müssen herangezogen werden. Es muß jedem Landwirt zum Bewußtsein kommen, daß jedes Pfund Korn, das er über das unbedingt notwendige Maß in seiner Wirtschaft verbraucht, ein Unrecht gegen die Gesamtheit ist und unseren Feinden nützt. Jede Kartoffel und Kohlrübe, die noch irgend zur menschlichen Nahrung gebraucht werden kann, muß der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Können die Kohlrüben nicht voll sofort sehr verwendet werden, so sind sie einer Trocknungsanstalt schleunigst zuzuführen, damit sie nicht verderben. Auf eine reifliche Abführung von Molkereiprodukten ist immer wieder hingewiesen. Kein gesunder Erwachsener sollte auf dem Lande Vollmilch trinken. Vollmilch ist nur für Kinder und Kranke und zur Bereitung von Butter. Es dürfen nur zur Zucht geeignete Kühe auf-

gezogen und diese nur in den ersten Wochen mit Vollmilch gefüttert werden.

Es muß in diesen Besprechungen darauf hingewiesen werden, daß es keinen Zweck hat, sich über Maßnahmen, die bisher getroffen sind, zu unterhalten und sonstige überflüssige Betrachtungen zu machen, sondern nur mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der Aufgaben hinzuwirken, die den Kriegswirtschaftsstellen zugewiesen sind.

Es erwartet, daß die Kriegswirtschaftsstellen und die Kriegswirtschaftsstellen sich des Ernstes der Lage bewußt werden, und daß die Leiter der Kriegswirtschaftsstellen sich persönlich davon überzeugen, daß in allen Fällen mit allem Nachdruck darauf hingewirkt wird, alle Lebensmittel den städtischen und Industriearbeitern zuzuführen.

Zusammenfassung auf einem Großgrundbesitz.

Als eine Folge der neuen Wirtschaftsmassnahmen darf wohl das Vorgehen der Rindener Kriegswirtschaftsstelle gegen einen adeligen Großgrundbesitzer im Kreise Rindens angesehen werden. Diesem, der schon im vorigen Jahre sehr große Uckerländer seines Bestes unbedeutend hat liegen lassen, sind jetzt vorläufig 100 Morgen Uckerland enteignet und vom Kreis Rinden in Bewirtschaftung genommen worden.

Gräflicher Kriegswucherer.

Nach vierstägigen Verhandlungen verurteilte die Strafkammer in Posen den polnischen Grafen Ignaz Wielogzanski wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz für Gerste und wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit Gerste aus der Ernte 1916, sowie wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend übermäßige Preissteigerung zu 6 Monaten Gefängnis. Davon wurden 3 Monate 3 Wochen auf die Untersuchungshaft angerechnet. Auch wurde auf 426 420 Mk. Geldstrafe erkannt.

Wielogzanski ist jetzt schwerkrank. Als Offizier war er mit im Krieg, land aber doch die Zeit, seine Güter zu bewirtschaften. Er hat u. a. Gerste für 850 Mark verkauft, obwohl der Höchstpreis 300 Mark betrug. Durch Beimischung von etwas Weizen und Weizenklein hat er bewirkt, daß Gerste nur als Viehfutter benutzbar war, so konnte er (Dank der hohen Viehpreise) viel mehr lösen als für reine Ware. In der Verhandlung sagte ein an den Treibereien beteiligter Zeuge, daß künstliche Gemengnisse in der ganzen Provinz Posen gemacht worden. Interessant ist auch die Feststellung, daß der Graf in den Kriegsjahren 1915 und 1916 auf seinen Gütern eine Einnahme von 16 Millionen Mark erzielt hat.

Noch ein gräflicher Kriegswucherer.

Vor derselben Posener Strafkammer, die den Grafen Wielogzanski wegen Getreideschiebungen und Kriegswucherer verurteilte, stand auch der polnische Graf A. von Roscelski auf Groß-Sopno in der Provinz Posen. Er mußte sich auch wegen Getreideschiebungen und wucherischen Ueberforderungen verantworten. Wegen Verkaufs beschlagnahmter Gerste in vier Fällen und wegen Höchstpreisüberschreitung erfolgte seine Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis und 54 500 Mk. Geldstrafe oder für je 15 Mk. einen weiteren Tag Gefängnis. Gerade die Notwendigkeit solcher Verurteilungen gegen begüterte Aristokraten zwingt zu besonderen Schlussfolgerungen.

Hierzu zwei Beilagen.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.

Verlag Volkswacht & Gehl u. Co., Danzig.

Druck Königsberger Volkszeitung, S. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Werftspeisehaus

Zu Gunsten der amtlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorge

Speisefolge:

„Prolog“ von Ludwig Felda,

gesprochen von Herrn **Awila Henry** v. Stadttheater Danzig

„Ein deutsches Kaisergebet“

von Prof. **Ferdinand Hummel**,

gesungen vom Opernsänger Herrn **Loman**, zurzeit Landsturmmann in Danzig

„Schwert und Herd“

Menschenschicksale im Weltkriege in 6 Akten von **Fritz Skowronack**

„Der feldgraue Groschen“

Ein vaterländisches Lustspiel von **Hans Brunner**

Musik: Mitglieder von der Musik-Abteilung des Landsturmbataillons Ersatz-Bataillons XVII - 20 (Musikmeister **Peters**)

Aufführungsplan

Ostersonntag

Drei volkstümliche Vorstellungen

von 2-5, von 6-8 und von 8-10 Uhr

Ostermontag

Drei volkstümliche Vorstellungen

von 4-6, von 6-8 und von 8-10 Uhr

Preise: 25, 30, 50, 75 Pf. 1 Mk. und 1.50 Mk.

Dienstag, den 10. April

von 4-6 Uhr

Schülervorstellung

Preise: 1. Platz 30 Pf., 2. Platz 30 Pf.

von 7-9 Uhr

Festausführung

Preise: 1. Platz 3 Mk., 2. Platz 2 Mk., 3. Platz 1 Mk.

Mittwoch, den 11. April

von 3-5 Uhr

Sondervorstellung

nur für Kranke u. Verwundete, bei freiem Eintritt

von 8-10 Uhr

Letzte volkstümliche Vorstellung

Unterausschuss für Kriegsinvaliden-Fürsorge in der Stadt Danzig.

Bekanntmachung.

Da in der Bevölkerung noch immer in weitem Maße Unklarheit über die Bestimmungen des Reklamationsverfahrens herrscht, wird folgendes bekanntgegeben.

Sämtliche Reklamations- und Urlaubsgesuche sind an den Stellvertreter der Ersatzkommission zu richten, welcher dieselben direkt oder durch das Bezirkskommando dem örtlich zuständigen Generalkommando vorlegt. Das Stellvertretende Generalkommando bedient sich zur Prüfung der Gesuche der Kriegsamtsstelle, soweit es sich um die Industrie handelt, und des Kriegswirtschaftsamts und der Kriegswirtschaftsstellen, soweit es sich um die Landwirtschaft handelt.

Es ist unzulässig, Gesuche direkt an das Stellvertretende Generalkommando zu richten, da hierdurch stets erhebliche Verzögerungen entstehen. Das für bestimmte kriegswirtschaftliche Firmen auf Grund der Pendellisten angeordnete Verfahren bleibt bestehen.

Im allgemeinen ist die Anbringung von Reklamationsgesuchen nach Empfang des Bestellungsbefehls unstatthaft. Derartige Gesuche können nur in besonderen Ausnahmefällen Berücksichtigung finden.

Jeder Wehrpflichtige ohne Unterschied der Dienstfähigkeit, also ganz gleich l. u., g. u. oder c. u., der nicht infolge einer als begründet anerkannten Reklamation zurückgestellt ist, muß jederzeit mit seiner Einstellung rechnen.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Bekanntmachung.

E. Nr. 1011.

Im Einverständnis mit den Herren Regierungspräsidenten zu Danzig, Marienwerder und Köslin wird für die Kohlenanmeldung im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos 17. Armeekorps bestimmt:

1. Der Bedarf für die industriellen Betriebe des Korpsbezirks ist bei der Kriegsamtsstelle zu Danzig anzumelden.
2. Der Bedarf für die Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe Brennstoffen, Kartofoelrodnerien, Molkereien usw.) ist durch die Kriegswirtschaftsstellen bei dem Kriegswirtschaftsamte Danzig beziehungsweise Stettin an zu melden.
3. Der Bedarf für Hausbrand, der also weder für industrielle noch landwirtschaftliche Betriebe bestimmt ist, ist durch die Händler bei der Kriegsamtsstelle Danzig anzumelden. Die einzelnen Verbraucher haben sich an die Händler zu wenden.

Sollte ein wichtiger Haushalt oder Kleinbetrieb von dem bisherigen Händler keine Kohlen erhalten können, ist der Magistrat bezüglich der Verteilung zuständig und hat das Weitere zu veranlassen.

Danzig, den 26. März 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Wagner.

Generalleutnant.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.

Öffentliche

Versammlung

Sonntag den 15. April 1917, nachmittags 3 1/2 Uhr

im Stadthaus „Danziger Bürgergarten“, Schildg.

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Frieden, Brot und gleiches Recht.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Schöpfli** - Berlin.

Der Vorstand.

S. Z. E. Sellin.

Gute Volks- und Jugendbücher

zum Preise von 10-50 Pfennigen empfiehlt

Buchhandlung Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32.

Prüfungs- und Einsegnungs-Anzüge

sowie

Einsegnungs-Kleider

empfohlen

Ertmann & Perlewitz, Holzmarkt Nr. 23, 25, 26

Echt getragener Schnupftabak offeriert

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik

Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.

Montag, den 9. April, nachm. 3 Uhr: „Könige“
abends 7 1/2 Uhr: „1001 Nacht“.

Dienstag, den 10. April, 7 1/2 Uhr: „Königskinder“.

Mittwoch, den 11. April, 7 1/2 Uhr: „Der Biberpelz“.

Donnerstag, den 12. April, 7 1/2 Uhr: „1001 Nacht“.

Freitag, den 12. April, 7 1/2 Uhr: „Frau vom Meer“.

Sonabend, den 14. April, 7 1/2 Uhr: „Königskinder“.

Sonntag, d. 15. April, nachm. 3 Uhr: „Die verlorene Tochter“, bei ermäßigten Preisen
abends 7 1/2 Uhr: „1001 Nacht“.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren

Werkuhren in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32

Druckarbeiten

für Vereine und Private

in moderner Ausstattung

Spezialität: Massenaufgaben

Trauer-

Hüte
 in
 reicher
 Ausstattung

Bijoux
 Handschuhe
 zu billigsten
 Preisen.

Julius Goldstein

Paradiesgasse 4, gegenüber der Markthalle

Am die deutsche Arbeiterfront!

verloren, es sind auch eine Reihe von Bestimmungen hinein- gekommen, die entweder an sich bedenklich und die Durch- führung des Gesetzes zu beträchtlichen Schwierigkeiten sind oder die doch in dieses Kriegsgebiet nicht hineinpassen.“

So sieht die Dienstpflicht der Arbeitervertreter gegen- über der Regierungsvorlage aus. Die Angriffe in der real- tionären Presse gegen die Arbeitervertreter und gegen den Reichstag, der ihre Anträge annahm, beweisen nach altem, von Bebel oft besängelter Brauch, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Fraktion eine richtige, die Arbeiterinter- essen fördernde Haltung eingenommen haben.

Nicht so die Arbeitseigenenschaft. Mit vollständigem Schwingeln haben alle Arbeiterfreunde die Standespolitik der Arbeitseigenenschaft im Reichstage wahrgenommen, in der Hoffnung, sie eines Tages der ganzen Arbeiterklasse antreiben zu können. Das darf nicht ermöglicht werden. Mehr denn je sind die Arbeiter auf eine positive Aktion ihrer Partei und Ge- werkschaften angewiesen, die eine Umgestaltung der Verhält- nisse in Deutschland zugunsten der Arbeiterklasse verheißt. Die Haltung der Arbeitseigenenschaft ist aber darauf zugeschnitten, alle bürgerlichen Elemente unter die Führung der reaktionären Annerkennungspolitiker und Kriegsvorkämpfer zu pressen, die sozialdemokratischen Arbeiter hauptsächlich ihrer Stellung zur Landesverteidigung zu verdächtigen und so die Geschäfte der schwächsten Reaktion zu fördern. Zurückweisung unserer Organisationen, Schwächung der Arbeiterklasse und direkte Förderung der Reaktion, das ist die Politik der großen Worte, wie sie die Opposition betreibt.

Arbeiter, Parteigenossen! Haltet Wacht um eure Orga- nisationen und sagt die Zersplitterung zum Tempel hinaus. Ver- geges, daß die alte Erfahrung aus der Zeit des Sozialisten- legetes, daß je unzuverlässiger der Arbeiter, der zu Euch spricht, je radikaler spricht er. Nehmt Euch nicht nur vor Spiegeln in acht, sondern auch vor denen, die durch ihre Haltung die Ge- schäfte der Scharfmacher befragen.

„Auf zu tatkräftiger, positiv gerichteter Arbeit im Dienste der breiten Massen! Sinnen in die Partei! Sinnen in die Gewerkschaften!“

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

und die „Kreuzzeitung“ vom 5. Dezember erklärte: „Es ist sehr zu bedauern, daß die gewisse Zwangslage, in der sich das Reich befindet, von den Arbeitervertretern da- zu benutzt worden ist, um etwas zu tun, wofür so große Gegenstände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen.“

So beurteilen die Unternehmerkreise und ihre Presse die Errungenschaften, die durchzusetzen den Arbeitervertretern im Reichstage gelang. Dummheit muß anerkannt werden, daß die Ungerechtigkeit hier ehrlich und vom Unternehmensstandpunkt begründet ist, während sie bei den Arbeitseigenen nur eine selbstlose Komödie darstellt, aufgeführt, um den eigenen an den Arbeiterinteressen gelübten Verbot zu verletzen.

Dem gleichen Zweck dient die Unterstellung, die Genossen Ebert, Scheidemann, Bauer und Legien hätten sich dienstfertig der Regierung aufgebogen, um der „Arbeitseigenenschaft“ die Zwangslage anzulegen.“ In Wirklichkeit haben die Arbeiter- vertreter im Reichstage den oben skizzierten Regierungsentwurf einmütig abgelehnt und durch ihre tatkräftige Politik dem Ge- setz eine Fassung gegeben, die die schließliche Zustimmung er- möglichte, während die Regierung selbst den heftigsten Kampf gegen die Anträge der Arbeitervertreter führte. Die „Deutsche Tageszeitung“, die in ihrer Begierde gegen die von den Arbeitervertretern durchgeführten Verbesserungen des Gesetzes mit der „sozialdemokratischen“ Arbeitseigenenschaft an einem Strange zieht, bewertete die Beschlüsse des Reichstages fol- gendermaßen:

„Die Vorlage (der Regierung) war ein großer Wurf aus einem Wurf (1), bei welchem die aus dem Kriege ge- borene Notwendigkeit alle Einzelheiten einheitslich beherrschte. Aus den vier kurzen Artikeln des Entwurfs sind durch die Reichstagsarbeit 18 Artikel geworden, und das umgestaltete Gesetz hat in vieler Beziehung den Charakter eines sozial- politischen Gesetzes, wie wir sie seit Jahrzehnten mannigfach erlebt haben. Die Vorlage der Verbündeten Regierungen hat dadurch aber nicht nur an Monumentalität

Die in der „sozialdemokratischen“ Arbeitseigenenschaft ver- einzigen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie setzen ihr Treiben zum Nutzen der Scharfmacher und Zuchthauspolitiker gegen unsere mühsam aufgebauten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen unentwegt fort. Hand in Hand mit den Häkern der schlimmsten Arbeiterfreunde und Kriegsvor- kämpfer verächtlichen sie die Motive und die Haltung der Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei unter An- wendung von Methoden, die bisher nur bei dem berüchtigten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie üblich waren. Ein Musterbeispiel für diese Mährarbeit gegen eine positiv gerichtete, erfolgversprechende Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bietet ein Flugblatt, das die Arbeitseigenenschaft in Sachen des Hilfsdienstgesetzes zurzeit verbreiten.

Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wird darin der geradezu lächerliche Vorwurf gemacht, sie seien schuld an diesem Gesetze, das lediglich ein Kriegsmittel der Regierung sei. Statt den Frieden durch Befreiung der Kriegsvor- bedingungen zu fördern, habe die Regierung das „Kriegsvor- längerende Zwangsarbeitsgesetz“ erlassen, und die sozialdemo- kratischen Arbeitervertreter hätten diesem Gesetze zugestimmt, ja, sich sogar „dienstfertig“ herbeigedrängt, „um der deutschen Arbeitseigenenschaft die Zwangsjacke anzulegen“.

Arbeiter, Kampfgenossen in schwerer Zeit! Diese Behaupt- ungen sind nicht nur eine bewußte Verdrehung der Tatsachen, sondern auch eine nichtswürdige Verleumdung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Wie liegen die Dinge? Seit Kriegsbeginn haben Eng- land und seine Alliierten ihre Mordwaffen- und Munitions- erzeugung beispiellos gesteigert. Ihnen kam dabei die halbe Welt zu Hilfe. Der ganze amerikanische Kontinent von den Süften der Atlantik bis zum Stillen Ozean hat seine Industrie auf den Kriegsbedarf Englands eingestellt. Im fernsten Osten arbeitet Japan einig Tag und Nacht an der Verfertigung Auf- lands mit Kriegsmaterial. In England selbst wurde schon im Juni 1915 ein Munitionsgesetz erlassen, das die Arbeiter dieser Industriezweige der Freizügigkeit beraubte, das kniffligste Ar- beitsrecht in wichtigen Teilen aufhob und Zuwidert- handlungen gegen das Gesetz unter Strafe stellte. In Frank- reich wurde die Munitions- und Waffenindustrie militärisiert und Thomas, ein Führer der französischen Sozialdemokratie, mit der Leitung der kriegsindustriellen Erzeugung betraut. Aus Kernermeßliche steigerten die Gegner ihre Erzeugung von Projektilen, mit denen unsere Arbeitseigenen, unsere Söhne und Brüder im Westfront an den Fronten überschüttet

werden sollen. Und in hochtönen Reden kündigten die feindlichen Staatsmänner das letzte entscheidende Massien- mordens für das Frühjahr 1917 an. Die Arbeitervertreter Englands und Frankreichs stimmten ihnen zu.

Die militärischen Dienststellen, welche die Verantwortung für die militärische Sicherheit unseres Landes tragen, forderten zur Abwehr der Gefahr auf Grund der im Kriege gemachten Erfahrungen eine Steigerung der deutschen Munitions- erzeugung. Da ein Mangel an Arbeitskräften, besonders an Sacharbeitern, mit der Dauer des Krieges sich eingestellt hatte, mußte durch systematische Organisation der Arbeit versucht werden, das Ziel mit weniger Arbeitskräften zu erreichen. Daß die Sozialdemokratie, hätte sie die Macht im Reich ge- habt, dabei andere Wege als den des Hilfsdienstgesetzes ge- gangen wäre, braucht kaum erst gesagt zu werden. Aber sie hat diese Macht nicht und mußte sich deshalb für eine Politik entscheiden, die geeignet war, in dem von der Regierung ge- forderten Gesetz eine Wahrnehmung der Interessen der breiten Massen sicherzustellen. In der obwaltenden Situation konnte das nur eine Politik der positiven Mitarbeit an dem Gesetz sein. Nur dadurch konnte von der Arbeitseigenenschaft weit Schim- mernes abgewendet werden als dieses Hilfsdienstgesetz mit seinen zum Schutze der Arbeiter getroffenen Bestimmungen.

Die Arbeitseigenenschaft hat diese Politik abgelehnt. Das bedeutet, daß sie bereit war, die Bahn für die vollständige Militarisierung der deutschen Arbeit zu ebnen. Der für die Regierung bequemste Weg war nämlich die Erhöhung des militärischen Wehrpflichtalters von 45 auf 60 Jahre. Dann konnten die Militärbehörden jeden Mann im Alter von 17 bis 60 Jahren militärisch einziehen und ihn zur Arbeitsleistung in der Kriegsindustrie oder in der Landwirtschaft nach Belieben beurlauben oder befehlen. Es ist daher nichts als großer An- spruch, wenn die Arbeitseigenenschaft sich jetzt auf ihren Antrag, das Hilfsdienstgesetz auf 45 Jahre zu begrenzen, beruft. Denn dieser Antrag müßte schon aus dem Grunde dem allgemeinen Volkstakt verfallen, weil die militärische Wehrpflicht sich heute bereits auf die 47jährigen erstreckt, die also jederzeit der Militärbehörde zur Verfügung stehen müssen. Wären die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ebenso leistungsfähig mit den Arbeiterinteressen umgegangen wie die Arbeitseigenenschaft und ihre anarchoide Spartakus- Freunde, dann hätten wir heute in Deutschland die militärische Dienstpflicht auch für die Arbeiterklassen bis zu 60 Jahren.

Eine solche Politik einzuführen verbot sich von selbst. Die Sorge um unsere Volksgenossen an den Fronten, die für die

